

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES

GR

3. Sitzung

Dienstag, 20. Mai 2014, 19.30 Uhr, Gemeinderatssaal im Landhaus Solothurn

Vorsitzender: Kurt Fluri, Stadtpräsident

Anwesend: 26 ordentliche Mitglieder
4 Ersatzmitglieder

Entschuldigt: Rahel Affolter Baur
Roberto Conti
Sylvia Sollberger
Lea Wormser

Ersatz: Peter Ackermann
Philippe JeanRichard
Claudio Marrari
Theres Wyss-Flury

Stimmzähler: Philippe JeanRichard

Referenten: Martin Allemann, Leiter Amt für Feuerwehr und Zivilschutz
Hansjörg Boll, Stadtschreiber
Thomas Briner, Konservator Naturmuseum
Peter Fedeli, Kommandant Stadtpolizei
Beat Käch, Präsident Finanzkommission
Andrea Lenggenhager, Leiterin Stadtbauamt
Reto Notter, Finanzverwalter
Irène Schori, Schuldirektorin
Domenika Senti, Leiterin Soziale Dienste
Beat Stirnimann, Leiter Services Regio Energie Solothurn
Felix Strässle, Direktor Regio Energie Solothurn

Protokoll: Doris Estermann

Traktanden:

1. Protokoll Nr. 2
2. Gemeinderat; Demission als Mitglied und Ersatzwahlen
3. Gemeinderatskommission; Demission als Mitglied und Ersatzwahlen
4. Wahlbüro; Wahl neues Ersatzmitglied der SP
5. Jugendkommission; Demissionen und Ersatzwahlen der Grünen
6. Rechnungen 2013 der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn und der Regio Energie Solothurn
7. Neubau Turnhallen Schulhaus Hermesbühl Solothurn; Kreditbewilligung
8. Verschiedenes

Eingereichter parlamentarischer Vorstoss:

Überparteiliche Motion der Fraktionen der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Urs Unterlerchner und Michael Schwaller, vom 20. Mai 2014, betreffend «Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses „Einführung Tempo-30-Zonen Hubelmatt-Fegetz-Blumenstein“ vom 10. Dezember 2013»; (inklusive Begründung)

1. Protokoll Nr. 2

Das Protokoll Nr. 2 vom 25. März 2014 wird genehmigt.

20. Mai 2014

Geschäfts-Nr. 26

2. Gemeinderat; Demission als Mitglied und Ersatzwahlen

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 30. April 2014

Mit Mail vom 22. April 2014 demissionierte Bernhard Christen aus beruflichen Gründen per sofort als Gemeinderatsmitglied der FDP. Er wurde 2001 als Ersatzmitglied in den Gemeinderat gewählt. Seit 2005 ist er als ordentliches Mitglied im Gemeinderat. Als neues Mitglied rückt das erste Ersatzmitglied Michael Schwaller nach.

Gestützt auf Paragraph 126 des Gesetzes über die politischen Rechte rückt Charlie Schmid als neues fünftes Ersatzmitglied der FDP nach.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Bernhard Christen, von Roll-Weg 10, als Mitglied des Gemeinderates der FDP per sofort wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
2. Als neues Mitglied des Gemeinderates für die FDP rückt für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 das bisherige erste Ersatzmitglied, Michael Schwaller, Niklaus Konrad-Strasse 44, nach.
3. Als neues fünftes Ersatzmitglied des Gemeinderates der FDP rückt für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 Charlie Schmid, Wildbachstrasse 25, nach.

Verteiler

Herr Bernhard Christen, von Roll-Weg 10, 4500 Solothurn
Herr Michael Schwaller, Niklaus Konrad-Strasse 44, 4500 Solothurn
Herr Charlie Schmid, Wildbachstrasse 25, 4500 Solothurn
Oberamt Region Solothurn
Parteien
Finanzverwaltung
Lohnbüro
ad acta 012-0

20. Mai 2014

Geschäfts-Nr. 27

3. Gemeinderatskommission; Demission als Mitglied und Ersatzwahlen

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 30. April 2014

Mit Mail, bzw. Brief vom 22. April 2014 demissionierte Yves Derendinger aus beruflichen Gründen per Ende Juni als Gemeinderatskommissionsmitglied der FDP. Er wurde 2005 als Mitglied der FDP in die Gemeinderatskommission gewählt. Als neues Mitglied rückt das erste Ersatzmitglied Marco Lupi nach.

Gemäss Beschluss der FDP-Fraktion vom 28. April 2014 rückt Susanne Asperger Schläfli als neues erstes Ersatzmitglied der FDP nach. Als neues zweites Ersatzmitglied wird Urs Unterlerchner gewählt.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Yves Derendinger, Bielstrasse 12, als Mitglied der Gemeinderatskommission der FDP per Ende Juni 2014 wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
2. Als neues Mitglied der Gemeinderatskommission für die FDP für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 wird das bisherige erste Ersatzmitglied, Marco Lupi, Zuchwilerstrasse 24, gewählt.
3. Susanne Asperger Schläfli rückt als neues erstes Ersatzmitglied der FDP nach. Als neues zweites Ersatzmitglied der Gemeinderatskommission der FDP wird für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 Urs Unterlerchner, Küngoltstrasse 37, gewählt.

Verteiler

Herr Yves Derendinger, Bielstrasse 12, 4500 Solothurn

Herr Marco Lupi, Zuchwilerstrasse 24, 4500 Solothurn

Frau Susanne Asperger Schläfli, Cuno-Amiet-Strasse 7, 4500 Solothurn

Herr Urs Unterlerchner, Küngoltstrasse 37, 4500 Solothurn

Oberamt Region Solothurn

Parteien

Finanzverwaltung

Lohnbüro

ad acta 013-0

20. Mai 2014

Geschäfts-Nr. 28

4. Wahlbüro; Wahl neues Ersatzmitglied der SP

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlage: Antrag der Gemeinderatskommission vom 30. April 2014

Mit Mail vom 17. November 2013 demissionierte Céline Kaufmann aus zeitlichen Gründen als Ersatzmitglied des Wahlbüros. Céline Kaufmann war seit 2008 als Ersatzmitglied der SP im Wahlbüro. Die SP wurde ersucht, dem Stadtschreiber ein neues Ersatzmitglied zu melden.

Mit Mail vom 16. April 2014 hat die SP-Fraktion der Stadt Solothurn mitgeteilt, dass sie als neues Ersatzmitglied Salome Tscharland nominiert hat.

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

Salome Tscharland, Mühleweg 5d, wird für den Rest der Amtsperiode 2013/2017 als neues Ersatzmitglied der SP im Wahlbüro gewählt.

Verteiler

Frau Salome Tscharland, Mühleweg 5d, 4500 Solothurn
Oberamt Region Solothurn
Stadtpräsidium
Lohnbüro
ad acta 014-3

20. Mai 2014

Geschäfts-Nr. 29

5. Jugendkommission; Demissionen und Ersatzwahlen der Grünen

Referent: Hansjörg Boll, Stadtschreiber

Vorlagen: Anträge der Gemeinderatskommission vom 3. und 30. April 2014

Mit Mail vom 26. März 2014 demissionierte Thomas Reumer infolge Wegzuges aus der Stadt Solothurn per sofort als Mitglied der Grünen in der Jugendkommission.

Mit Mail vom 22. April 2014 demissionierte Theres Pfluger, Ersatzmitglied der Grünen. Theres Pfluger war seit 2013 als Ersatzmitglied in der Jugendkommission.

Mit Mail vom 22. April 2014 meldete Barbara Wyss Flück folgende Nominierungen als Mitglied, bzw. Ersatzmitglied der Jugendkommission für die Grünen:

Ordentliches Mitglied: Alice Fähndrich, Goldgasse 3, 4500 Solothurn

Ersatzmitglied: Edita Kordic, Niklaus Konrad-Strasse 19, 4500 Solothurn

Das Wort wird nicht verlangt.

Gestützt auf den Antrag der Gemeinderatskommission wird einstimmig

beschlossen:

1. Die Demission von Thomas Reumer, Leimern 313, 4574 Nennigkofen, als Mitglied der Grünen in der Jugendkommission wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
2. Die Demission von Theres Pfluger, Franz Lang-Weg 12, 4500 Solothurn, als Ersatzmitglied der Jugendkommission der Grünen wird unter bester Verdankung der geleisteten Dienste genehmigt.
3. Alice Fähndrich, Goldgasse 3, 4500 Solothurn, wird für den Rest der Legislaturperiode 2013/2017 als neues Mitglied der Grünen in der Jugendkommission gewählt.
4. Edita Kordic, Niklaus Konradstrasse 19, 4500 Solothurn, wird für den Rest der Legislaturperiode 2013/2017 als neues Ersatzmitglied der Grünen in der Jugendkommission gewählt.

Verteiler

Herr Thomas Reumer, Leimern 313, 4574 Nennigkofen
Frau Theres Pfluger, Franz Lang-Weg 12, 4500 Solothurn
Frau Alice Fähndrich, Goldgasse 3, 4500 Solothurn
Frau Edita Kordic, Niklaus Konradstrasse 19, 4500 Solothurn
Jugendkommission
Soziale Dienste
Lohnbüro
ad acta 318-0

6. Rechnungen 2013 der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn und der Regio Energie Solothurn

Referenten: Beat Käch, Präsident Finanzkommission
Reto Notter, Finanzverwalter
Beat Stirnimann, Leiter Services, Regio Energie Solothurn
Felix Strässle, Direktor Regio Energie Solothurn

Vorlagen: Antrag der Gemeinderatskommission vom 30. April 2014
Bericht und Rechnung 2013 der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn
Antrag Finanzkommission vom 22. April 2014
Antrag Finanzverwaltung vom 9. April 2014 (Rechnung 2013; Nachtragskredite)

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates Regio Energie Solothurn vom 2. April 2014
Botschaft der Regio Energie Solothurn zur Rechnung 2013
Geschäftsbericht 2013 der Regio Energie Solothurn mit konsolidierter Erfolgsrechnung und Bilanz per 31. Dezember 2013 sowie Bericht der Revisionsstelle vom 21. Februar 2014 (wurde vor der Sitzung verteilt)

Rechnung und Bericht der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn für das Jahr 2013

Beat Käch, Präsident der Finanzkommission (Fiko), hält fest, dass die Verbesserung gegenüber dem Budget und dem Finanzplan erfreut zur Kenntnis genommen wurde. Allerdings musste erstmals seit längerer Zeit wieder ein negatives Ergebnis ausgewiesen werden, was der Fiko selbstverständlich keine Freude bereitet hat. Bis zuletzt bestand Hoffnung, dass mit einer schwarzen Null abgeschlossen werden könnte, was jedoch nicht gelungen ist. Dies insbesondere aufgrund des Rückgangs der ordentlichen Gemeindesteuern der juristischen Personen. Die Gründe für den Rückgang wurden anlässlich der GRK-Sitzungen vom Finanzverwalter erläutert. Die Fiko hofft, dass es sich dabei um einen einmaligen Rückgang handelt, da die Wirtschaftslage in der Stadt Solothurn gut ist. Erfreut nahm sie zur Kenntnis, dass bei den natürlichen Personen kein Steuereinbruch stattgefunden hat. Die Fiko hofft, dass der Steuerfuss so beibehalten werden kann. Die Auswirkungen der Fusion stellen noch ein Fragezeichen dar. Die Stadt hat die von ihr beeinflussbaren Positionen im Griff. Es wurde festgestellt, dass die Verwaltung mit den beschlossenen Krediten sehr sorgfältig umgegangen ist. Das Nettovermögen vermindert sich aufgrund des Aufwandüberschusses leicht. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 70,7 Prozent, was gemäss kantonalen Vorgaben als tolerierbar bezeichnet wird. Die Betrachtungsweise liegt nach wie vor bei 8 Jahren. Bei dieser Betrachtungsweise können die angestrebten 100 Prozent erreicht werden. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die guten Jahre künftig wegfallen werden. Den Fokus hat die Fiko jedoch auf die Zukunft gerichtet. So hat sie die Vorschläge des Finanzverwalters zur Verbesserung der künftigen Ergebnisse eingehend diskutiert. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Stadt Solothurn nur in gewissen Bereichen selbständig und in vielen Bereichen von Bund und Kanton abhängig ist. In diesem Zusammenhang verweist der Referent auf die Sanierung der Kantonalen Pensionskasse. Die kantonsrätliche Fiko wird morgen das Geschäft, d.h. insbesondere die beiden möglichen Varianten, diskutieren. Eine Variante sieht folgende Beteiligung vor: Versicherte = 54 Prozent / Kanton = 36 Prozent / Gemeinden = 10 Prozent. Die andere Variante sieht vor, dass der Kanton die gesamte Finanzierung übernimmt. Die Regierung schlägt vor, dass das obligatorische Referendum gelten soll, d.h. dass im Herbst über die Vorlage abgestimmt werden kann. Im Weiteren liegt dem Kanton eine Vorlage vor, betr. aktives Inkasso der Vorbezugsrechnungen. Der Fiko ist die Forcierung der

Immobilien- und Unterhaltsstrategie sehr wichtig. Der Abschlussbericht liegt vor und der entsprechende Antrag wird in absehbarer Zeit den politischen Behörden vorgelegt. Bezüglich Verkauf von Bauland an der Steinbruggstrasse hat sie sich nach den Auswirkungen des neuen Raumplanungsgesetzes gefragt. Konkret stellt sich ihres Erachtens die Frage, ob das bereits eingezonte Bauland noch x-beliebige Jahre gehortet werden darf, oder ob dieses allenfalls verkauft oder sogar wieder ausgezont werden muss. Durch den Verkauf könnte zweifellos ein hoher Buchgewinn erzielt werden. In diesem Zusammenhang hofft sie auch, dass beim Weitblick ab diesem oder spätestens ab nächstem Jahr erste Verkaufsverhandlungen geführt werden können. Sie ist überzeugt, dass nur durch ein Wachstum der Anzahl Steuerzahlender auch künftig die Aufgaben erfüllt werden können. Im Weiteren steht nach wie vor auch ein Aufgabenverzicht zur Diskussion, wie dieser bereits von der Fiko vorgeschlagen, jedoch von den politischen Behörden als noch nicht notwendig abgelehnt wurde. Das Eigenkapital liegt glücklicherweise noch auf respektablen 29 Mio. Franken. Die Fiko hat festgestellt, dass hohe Fondsbestände bestehen, wie z.B. bei den Abwasserbeseitigungsgebühren. Allenfalls müsste die Höhe der Gebühren überprüft werden. Die Fiko bittet, auf die Rechnung einzutreten. Bezüglich Rechnung der Regio Energie Solothurn (RES) hält der Referent fest, dass die Rechnung in der Fiko nicht besprochen werden konnte. Trotzdem möchte er festhalten, dass das gute Ergebnis mit Freude zur Kenntnis genommen wurde.

Reto Notter präsentiert ein besseres Rechnungsergebnis als budgetiert, trotzdem muss erstmals seit 1999 ein negatives Ergebnis verzeichnet werden. Es wird ein Aufwandüberschuss von 0,852 Mio. Franken ausgewiesen (Budget: Defizit von 3,155 Mio. Franken). Der Mehrertrag stammt v.a. aus Taxationskorrekturen bei den natürlichen Personen, die insbesondere die Jahre 2011 und 2012 betreffen. Weitere Ertragsverbesserungen (Abweichungen höher als Fr. 100'000.--) konnten bei den folgenden Positionen verzeichnet werden: Entnahme aus Vorfinanzierung für Finanzliegenschaften (Umwandlung in Fonds), Gemeindesteuern natürliche Personen für einmaligen Einkommensanfall sowie Parkgebühren. Die tieferen Aufwendungen rühren zur Hauptsache vom Beitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV, Besoldungen Lehrpersonen Sekundarschulen, Abschreibungen Steuerguthaben, Wegfall Einlage in die Vorfinanzierung für Finanzliegenschaften (neu Fonds), Beitrag an den öffentlichen Verkehr sowie ICT Betriebskosten der Primarschulen her. Dagegen blieben folgende Erträge unter dem Budget: Ordentliche Gemeindesteuern der juristischen Personen, interkommunaler Lastenausgleich der gesetzlichen Fürsorge, ordentliche Gemeindesteuern der natürlichen Personen, Beiträge von Aussengemeinden an das Stadttheater, Gemeindesteuern von Fremdarbeitern sowie Aktivzinsen auf PC- und Bankkontokorrenten. Mehrbelastungen verursachten die Einlage in Amortisations- und Liegenschaftenspezialfinanzierung (Umwandlung Vorfinanzierung in Fonds), die Abschreibungen der Liegenschaften des Finanzvermögens, den Beitrag an Theater Orchester Biel Solothurn für provisorische Spielstätte, die Besoldungen heilpädagogische Massnahmen der Sekundarschulen, die Unterstützungen von Asylbewerbern sowie die Besoldungen Stellvertreter bei den Primarschulen.

Finanzpolitisch konnten wichtige Ziele nur teilweise erreicht werden. Das Eigenkapital wurde um 0,852 Mio. Franken kleiner, liegt aber weiterhin auf einem guten Niveau. Der Selbstfinanzierungsgrad lag unter 100 Prozent, weshalb das Nettovermögen kleiner wurde. Der Selbstfinanzierungsgrad ist knapp volkswirtschaftlich verantwortbar, der Selbstfinanzierungsanteil ist jedoch schwach. Der Zinsbelastungs- und Kapitaldienstanteil sowie das Nettovermögen je Einwohner/in sind immer noch in einem guten Bereich.

Die detaillierten Ausführungen zum Rechnungsergebnis können den Unterlagen, wie z.B. dem Kommentar zur Rechnung und den verschiedenen Protokollauszügen mehrfach entnommen werden. Er erwähnt deshalb nur die wichtigsten Abweichungen im Vergleich zum Budget nach Sacharten.

Es ergeben sich zusammengefasst folgenden Zahlen: Der Aufwand beträgt 118,3 Mio. Franken (2,9 Mio. Franken weniger als budgetiert) und der Ertrag 117,4 Mio. Franken (0,6 Mio. Franken weniger als budgetiert). Der Aufwandüberschuss liegt 2,3 Mio. Franken unter dem

Budget, 2,9 Mio. Franken über der Rechnung 2012, und 1,8 Mio. Franken unter dem Finanzplan. Der Investitionsrechnung kann entnommen werden, dass Ausgaben von 11,5 Mio. Franken anfielen. Dies sind 2,8 Mio. Franken weniger als im Budget vorgesehen. Als Einnahmen konnten 2,7 Mio. Franken verzeichnet werden, was zu Nettoinvestitionen von 8,8 Mio. Franken führte, 3,4 Mio. Franken weniger als im Budget angenommen. Der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf 0,9 Mio. Franken. Er ist dabei um 2,5 Mio. Franken tiefer als budgetiert. Der Selbstfinanzierungsgrad beläuft sich auf 70,7 Prozent, im Budget wurde ein solcher von 28,6 Prozent erwartet.

Abweichungen zum Budget: Der Aufwand fiel im Vergleich zum Budget um 2,9 Mio. Franken oder 2,4 Prozent tiefer aus. Der Ertrag fiel gegenüber dem Budget um 0,590 Mio. Franken oder 0,5 Prozent tiefer aus.

Auf der **Aufwandseite** bestanden gegenüber dem Budget Minderausgaben von 2,9 Mio. Franken. Reto Notter zeigt die wichtigsten **Veränderungen** nach Sacharten zum Budget auf (jeweils die sechs grössten Abweichungen – protokolliert sind Abweichungen über Fr. 30'000.--):

Die Abschreibungen liegen um 3,432 Mio. Franken oder 26,2 Prozent tiefer als budgetiert. Positiv wirkten sich aus:

- Abschreibungen Verwaltungsvermögen aus Vorfinanzierungen - 3,046 Mio.
- Abschreibungen Abwasserbeseitigung - 0,454 Mio.
- Abschreibungen Steuerguthaben - 0,237 Mio.
- Abschreibungen Abfallbeseitigung - 0,058 Mio.

Negative Veränderungen:

- Abschreibungen Liegenschaften Finanzvermögen + 0,358 Mio.

Die Beiträge liegen um 0,483 Mio. Franken oder 1,6 Prozent tiefer als budgetiert. Positiv wirkten sich aus:

- Beitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV - 0,717 Mio.
- Beitrag an den öffentlichen Verkehr - 0,138 Mio.
- Unterstützungen nach Bundesgesetz der gesetzlichen Fürsorge - 0,104 Mio.
- Beitrag an die Pflegekosten - 0,079 Mio.
- Beitrag Vereinsförderung J+S - 0,060 Mio.
- Beitrag an Lastenausgleich Alimentenbevorschussung - 0,054 Mio.

Negative Veränderungen:

- Beitrag an Theater Orchester Biel Solothurn für die prov. Spielstätte + 0,296 Mio.
- Unterstützungen von Asylbewerbern + 0,111 Mio.
- Beiträge an Veranstaltungen + 0,097 Mio.
- Beiträge an Veröffentlichungen + 0,066 Mio.
- Beitrag an das Theater Orchester Biel Solothurn für die Theaterpädagogik + 0,056 Mio.
- Beiträge an Sonderschulen + 0,051 Mio.

Die Entschädigungen an Gemeinwesen liegen um 0,307 Mio. Franken oder 10,5 Prozent tiefer als budgetiert. Positiv wirkten sich aus:

- Besoldungskosten Logopädie HPS - 0,190 Mio.
- Betriebskostenbeitrag an die ARA (Abwasserbeseitigung) - 0,157 Mio.

Der Sachaufwand liegt um 0,261 Mio. Franken oder 1,6 Prozent tiefer als budgetiert. Positiv wirkten sich aus:

– ICT-Betriebskosten der Primarschulen	- 0,114 Mio.
– ICT-Betriebskosten der Sekundarschulen	- 0,102 Mio.
– Baulicher Unterhalt Schulhaus Hermesbühl	- 0,098 Mio.
– Baulicher Unterhalt Schulhaus Kollegium	- 0,077 Mio.
– Baulicher Unterhalt Schulhaus Wildbach	- 0,063 Mio.
– Honorare für Projektierungen und Gutachten, Stadtbauamt	- 0,059 Mio.

Negative Veränderungen:

– Projekte des Kunstmuseums	+ 0,425 Mio.
– Anlageunterhalt Parkanlagen, Wanderwege	+ 0,091 Mio.
– Projekte des Naturmuseums	+ 0,056 Mio.
– Baulicher Unterhalt des Kunstmuseums	+ 0,052 Mio.
– Projekte Musik des Historischen Museums Blumenstein	+ 0,051 Mio.
– Honorare Gemeindeversammlung	+ 0,050 Mio.

Der Personalaufwand liegt um 0,110 Mio. Franken oder 0,2 Prozent tiefer als budgetiert. Positiv wirkten sich aus:

– Besoldungen Lehrpersonen Sekundarschulen	- 0,260 Mio.
– PK-Prämien Kantonale Pensionskasse Allgemeine Personalkosten	- 0,084 Mio.
– Sozialversicherungsbeiträge, Allgemeine Personalkosten	- 0,070 Mio.
– Besoldungen Werkhofarbeiter Reinigung, Gemeindestrassen	- 0,066 Mio.
– Besoldungen Stellvertreter der Sekundarschulen	- 0,058 Mio.
– Besoldungen Tagesschulen	- 0,055 Mio.

Negative Veränderungen:

– Besoldungen heilpädagogische Massnahmen der Sekundarschulen	+ 0,147 Mio.
– Besoldungen Stellvertreter der Primarschulen	+ 0,108 Mio.
– Besoldungen Werkhofarbeiter Parkanlagen, Wanderwege	+ 0,057 Mio.
– Pensionskassen-Prämien, Allgemeine Personalkosten	+ 0,051 Mio.
– Besoldungen Werkhofarbeiter, Schulanlagen	+ 0,048 Mio.
– Besoldungen Stadtpolizei	+ 0,046 Mio.

Reto Notter zeigt die wichtigsten **Verschlechterungen** nach Sacharten zum Budget auf (jeweils die sechs grössten Abweichungen – protokolliert sind Abweichungen über Fr. 30'000.--):

Die Einlagen in Spezial- und Vorfinanzierungen liegen um 1,618 Mio. Franken oder 100,9 Prozent höher als budgetiert. Negativ wirkten sich aus:

– Einlage in die Amortisations- und Liegenschaftenspezialfinanzierung	+ 1,109 Mio.
– Einlage in die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung	+ 0,525 Mio.
– Einlage in die Spezialfinanzierung Feuerwehr	+ 0,163 Mio.

Positive Veränderung:

– Einlage in die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	- 0,035 Mio.
--	--------------

Die internen Verrechnungen liegen um 0,085 Mio. Franken oder 0,8 Prozent höher als budgetiert. Negativ wirkten sich aus:

- Verrechnung Verzinsung Finanzliegenschaften, Liegensch. Finanzverm. + 0,084 Mio.
- Gutgeschriebene EO und Unfallentschädigungen, Allg. Personalkosten + 0,046 Mio.

Positive Veränderung:

- Verrechnete Sozialleistungen Sekundarschulen - 0,071 Mio.

Auf der **Ertragsseite** bestanden gegenüber dem Budget Mindereinnahmen von Fr. 590'000.--. Reto Notter zeigt auch hier die wichtigsten **Veränderungen** nach Sacharten zum Vorjahr auf (jeweils die sechs grössten Abweichungen – protokolliert sind Abweichungen über Fr. 30'000.--):

Der Minderertrag bei den Entnahmen aus Spezial- und Vorfinanzierungen von 1,981 Mio. Franken oder 29,0 Prozent ergab sich vor allem durch folgende Abweichungen:

- Entnahme aus Vorfinanzierung für Stadttheater - 2,225 Mio.
- Entnahme aus Vorfinanzierung für Naturmuseum Dauerausstellung - 0,350 Mio.
- Entnahme aus Vorfinanzierung für Schulhaus Wildbach - 0,200 Mio.
- Entnahme aus Vorfinanzierung für Turnhallen Schulhaus Hermesbühl - 0,190 Mio.
- Entnahme aus Spezialfinanzierung Friedhof - 0,078 Mio.
- Entnahme aus Vorfinanzierung für Schulhaus Vorstadt - 0,046 Mio.

Positive Veränderungen:

- Entnahme aus Vorfinanzierung Liegenschaften Finanzvermögen + 1,014 Mio.
- Entnahme aus Sonderrechnung Kunstmuseum (für Projekte) + 0,150 Mio.

Die Beiträge liegen um 1,236 Mio. Franken oder 14,6 Prozent tiefer als budgetiert. Negativ wirkten sich aus:

- Interkommunaler Lastenausgleich der gesetzlichen Fürsorge - 1,133 Mio.
- Beiträge von Aussengemeinden an das Stadttheater - 0,287 Mio.
- Kantonsbeitrag HPS - 0,260 Mio.
- Interkommunaler Lastenausgleich der Pflegekosten - 0,080 Mio.
- Beiträge der Kantone nach Bundesgesetz der gesetzlichen Fürsorge - 0,059 Mio.

Positive Veränderungen:

- Beiträge an Projekte des Kunstmuseums + 0,175 Mio.
- Beitrag Lotteriefonds an das Kunstmuseum + 0,077 Mio.
- Kantonsbeitrag an das Kunstmuseum + 0,050 Mio.
- Entsorgung von Implantaten + 0,045 Mio.
- Kantonsbeitrag an die Pflegekosten + 0,040 Mio.
- Diverse Nachlässe + 0,040 Mio.

Die Rückerstattungen von Gemeinwesen liegen um 0,220 Mio. Franken oder 4,5 Prozent tiefer als budgetiert. Negativ wirkten sich aus:

- Schulgelder von anderen Gemeinden, Unkostenanteil Sekundarschulen - 0,130 Mio.
- Schulgelder von anderen Gemeinden der Sekundarschulen - 0,125 Mio.
- Gemeindebeiträge Integration, HPS - 0,034 Mio.

Positive Veränderung:

- Gemeindebeiträge HPS + 0,087 Mio.

Die Vermögenserträge liegen um 0,114 Mio. Franken oder 1,7 Prozent tiefer als budgetiert.

Negativ wirkten sich aus:

- Aktivzinsen auf PC- und Bankkontokorrenten - 0,139 Mio.
- Verzugs- und Vergütungszinse - 0,035 Mio.

Positive Veränderung:

- Aktivzinsen auf Festgeldanlagen + 0,032 Mio.

Die Steuern liegen um 2,096 Mio. Franken oder 3,2 Prozent über dem Budget. Positiv wirkten sich aus:

- Taxationskorrekturen der natürlichen Personen + 4,000 Mio.
- Gemeindesteuern natürliche Personen für einmaligen Einkommensanfall + 0,345 Mio.
- Steuer auf Grundstückgewinnen + 0,089 Mio.
- Taxationskorrekturen der juristischen Personen + 0,060 Mio.

Negative Veränderungen:

- Ordentliche Gemeindesteuern der juristischen Personen - 1,649 Mio.
- Ordentliche Gemeindesteuern der natürlichen Personen - 0,527 Mio.
- Gemeindesteuerertrag von Fremdarbeitern - 0,153 Mio.
- Nachsteuern und Bussen der natürlichen Personen - 0,070 Mio.

Die Entgelte liegen um 0,768 Mio. Franken oder 5,3 Prozent über dem Budget. Positiv wirkten sich aus:

- Parkgebühren + 0,169 Mio.
- Taxationskorrekturen Feuerwehropflichtersatz + 0,079 Mio.
- Unfallentschädigungen, Allgemeine Personalkosten + 0,068 Mio.
- Rückerstattungen für Asylbewerber + 0,066 Mio.
- Diverse Rückerstattungen Naturmuseum + 0,061 Mio.
- Diverse Rückerstattungen Kunstmuseum + 0,050 Mio.

Negative Veränderungen:

- Abwasserbeseitigungsgebühren - 0,072 Mio.
- Kehrichtgrundgebühren - 0,057 Mio.
- Eigenleistungen für Projektierungen Hochbauamt für Investitionen - 0,043 Mio.
- Grabpachten Friedhof - 0,041 Mio.

Die internen Verrechnungen weisen Mehrerträge von 0,085 Mio. Franken oder 0,8 Prozent auf. Positiv wirkten sich aus:

- Verzinsung Finanzliegenschaften, Kapitaldienst + 0,084 Mio.
- EO, Unfallentschädigung, Werkhof + 0,046 Mio.

Negative Veränderung:

- Verrechnete Sozialleistungen, Allgemeine Personalkosten - 0,061 Mio.

Vergleicht man die Einsparungen mit den um die Nachtragskredite erhöhten ausgabenwirksamen Budgetkrediten, so zeigt sich eine Unterschreitung um 5,8 Prozent oder 6,506 Mio. Franken. Trotz einem sehr knappen Budget konnte eine grosse betragsmässige und prozentuale Unterschreitung ausgewiesen werden. Dies ist wiederum ein klarer Ausweis für eine gute Ausgabendisziplin.

Bezüglich Steuerausstände hält Reto Notter fest, dass der Bruttosteuer ausstand nochmals gesenkt werden konnte. 2010 betrug der Bruttosteuer ausstand 24,0 Mio. Franken, Ende 2011 25,8 Mio. Franken, Ende 2012 17,1 Mio. Franken und nun per Ende 2013 noch 14,3 Mio. Franken. Dank den in den letzten beiden Jahren verschickten Zahlungserinnerungen konnten die Steuerausstände massiv gesenkt werden. Ohne aktives Inkasso der Vorbezugsrechnung wird der Steuerausstand in den nächsten Jahren voraussichtlich wieder steigen. Der Referent zeigt anhand einer Folie die Bruttosteuer ausstände nach Steuerjahren. Wie deutlich ersichtlich wird, konnten die Steuerausstände gesenkt werden, weil 2012 und 2013 die Vorbezugsrechnungen gemahnt wurden. Im 2011 war das noch nicht der Fall. Ohne Betriebsdruck wird aber klar ersichtlich, dass sich die Zahlungsmoral wieder verschlechtert. Ende 2012 bestanden noch offene Ausstände der Steuern 2012 von 5,242 Mio. Franken, bei den Steuern 2013 sind 6,163 Mio. Franken noch nicht bezahlt worden. Der Ausstand des aktuellen Jahres erhöhte sich damit um 0,9 Mio. Franken, ist aber immer noch um ca. 7 Mio. Franken tiefer als in Jahren, wo keine Zahlungserinnerungen verschickt wurden. Im Verhältnis zur Sollstellung konnten die Steuerausstände von 26,61 Prozent auf 22,23 Prozent gesenkt werden. Der Verlust im Verhältnis zur Sollstellung beträgt 1,55 Prozent und konnte somit gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden. Gemeinden mit aktiver Bewirtschaftung der Vorbezugsrechnung haben verhältnismässig im 2013 gut Fr. 700'000.-- tiefere Steuerabschreibungen.

1'545 Steuerpflichtige hatten per Ende Dezember 2012 noch einen Ausstand der Steuern 2012. 89,3 Prozent hatten ihre Steuerrechnung bis Ende Dezember 2012 vollständig bezahlt.

1'853 Steuerpflichtige hatten per Ende Dezember 2013 noch einen Ausstand der Steuern 2013. 87,2 Prozent hatten ihre Steuerrechnung bis Ende Dezember 2013 vollständig bezahlt.

Zur Moral der 10 Prozent der Steuerpflichtigen, die ihre Steuern 2012 bis Ende 2012 nicht vollständig bezahlt hatten hält er Folgendes fest:

826 Steuerpflichtige oder 53 Prozent haben leider die Steuern 2012 auch bis 31.12.2013 noch nicht vollständig beglichen. Mit 572 Steuerpflichtigen oder 37 Prozent der ausgewerteten Steuerpflichtigen musste ein Ratenplan für die Vorbezugsrechnung 2012 vereinbart werden. 1'233 dieser 1'545 Steuerpflichtigen sind bis Ende 2013 definitiv veranlagt worden. 1'135 dieser 1'233 Steuerpflichtigen (92 Prozent) hatten per Ende 2012 weniger einbezahlt als schlussendlich die definitive Rechnung betrug. Mit 132 Steuerpflichtigen oder 11 Prozent der bis Ende 2013 definitiv veranlagten Steuerpflichtigen musste ein Ratenplan für die definitive Rechnung vereinbart werden. Bis Ende 2013 mussten bereits 405 Steuerpflichtige oder 26 Prozent der ausgewerteten Steuerpflichtigen für die definitive Rechnung gemahnt werden. Oder anders ausgedrückt, 33 Prozent aller Steuerpflichtigen, die eine definitive Rechnung erhalten haben, mussten gemahnt werden. Diese Zahl ist insbesondere erschreckend, weil noch nicht alle definitiven Rechnungen fällig sind und es auch Steuerpflichtige gegeben hat, die mit Erhalt der definitiven Rechnung eine Rückzahlung erhalten haben. 19 Steuerpflichtige mussten bereits betrieben werden. Bei 3 dieser 19 Steuerpflichtigen hat die Stadt bereits einen Verlustschein erhalten. Wie erwähnt, wurden diese Auswertungen per 31. Dezember 2013 vorgenommen.

70,3 Prozent oder 510 von 726 Steuerpflichtigen, welche die Steuern 2012 bis 31. Dezember 2012 nicht vollständig bezahlten und auch nach Erhalt der definitiven Rechnung noch einen Ausstand ausweisen, bezahlten den noch zu begleichenden Ausstand nicht fristgerecht (+ 10 Tage Karenzfrist). Dieser Prozentsatz wird sich noch verschlechtern, denn der Stand datiert vom 31. Dezember 2013. Alle diejenigen, welche die fällige Nachzahlung, die bis 31. De-

zember 2013 fällig war, fristgerecht bezahlten, wurden berücksichtigt. Die zu spät Zahlenden jedoch noch nicht, deshalb wird sich dieser Prozentsatz noch auf ca. 75 Prozent erhöhen.

Der Steuerausstand 2012 der 1'545 Steuerpflichtigen hat sich um knapp 2,4 Mio. Franken auf 2,9 Mio. Franken gesenkt. Wenn man aber bedenkt, dass dieser Ausstand die ausstehenden Steuern aus dem Jahr 2012 betrifft, ist er immer noch sehr hoch. Der Zinssatz für die langfristigen Schulden betrug 2,57 Prozent, uns sind für diesen Ausstand deshalb Fremdkapitalzinsen im Jahr 2013 von ca. Fr. 104'000.-- angefallen. Die bisher bezahlten Verzugszinsen belaufen sich erst auf Fr. 11'797.05 oder 11,3 Prozent unseres Zinsaufwandes. Sicher wird sich dieser Ertrag noch erhöhen, doch wird hier schon klar ersichtlich, dass uns ein höherer Ausstand trotz Verzugszinsenertrag höhere Kosten verursacht.

Es ist klar ersichtlich, dass die meisten der 10 Prozent der Steuerpflichtigen, die ihre Steuerrechnung bis Ende des jeweiligen Jahres nicht vollständig begleichen, schlussendlich auch die definitive Rechnung nicht fristgerecht begleichen können. Eine Veränderung der Einkommenssituation führt dann oft dazu, dass die Steuern nicht mehr bezahlt werden können. Ohne aktives Inkasso der Vorbezugsrechnung wird die Stadt Solothurn wegen den hohen Steuerabschreibungen und den hohen Steuerausständen jährliche Mehrkosten von ca. 0,8 Mio. Franken ausweisen.

Reto Notter erläutert die Kennzahlen auf den Seiten 53a bis 57a und den Vergleich über sieben Jahre auf Seite 59a. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt - wie bereits erwähnt - 70,7 Prozent (Budget: 28,6 Prozent und Vorjahr: 147,0 Prozent). Damit konnten die Nettoinvestitionen aus den erwirtschafteten Mitteln nur teilweise finanziert werden und das Nettovermögen hat sich vermindert. Es handelt sich um den schlechtesten Wert seit 1994, der jedoch volkswirtschaftlich knapp verantwortbar ist. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad der Jahre 2010 bis 2013 beträgt 143,7 Prozent und derjenige der Jahre 2006 bis 2013 140,6 Prozent. Der Selbstfinanzierungsanteil beträgt 6,0 Prozent. Im Budget wurde mit einem solchen von 3,4 Prozent gerechnet. Im vergangenen Jahr betrug er 9,2 Prozent. Dabei handelt es sich um eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr, die im Zusammenhang mit der tieferen Selbstfinanzierung steht. Die EG Solothurn zeigt eine schwache Selbstfinanzierung auf. Der Zinsbelastungsanteil stabilisierte sich weiterhin auf einem sehr gutem Niveau von minus 2,8 Prozent (Vorjahr: - 2,3 Prozent, Budget: - 3,5 Prozent). Die Kennzahl weist auf ein mittleres Vermögen hin. Der Kapitaldienstanteil ist auf 0,4 Prozent gesunken, budgetiert waren - 0,2 Prozent und im Vorjahr betrug er 0,7 Prozent. Dabei handelt es sich um eine nochmalige Verbesserung, wegen des höheren Nettozinsenertrags und dem tieferen Finanzertrag. Dies ist der beste Stand dieser Kennzahl seit der erstmaligen Erhebung im Jahr 1984 und deutet auf eine kleine Belastung hin. Das Reinvermögen ist auf 38,9 Mio. Franken gesunken (Vorjahr: 42,3 Mio. Franken). Das Nettovermögen pro Kopf beträgt Fr. 2'336.-- (Vorjahr: Fr. 2'566.--). Dies ist eine Verschlechterung um 3,4 Mio. Franken. Im Vorjahr bestand eine Verbesserung von 2,4 Mio. Franken. Die Stadt Solothurn steht somit deutlich besser da als das Mittel der Solothurner Gemeinden.

Die Gesamtbeurteilung der Verwaltungsrechnung aus Sicht des Finanzverwalters: Wie eingangs ausgeführt, handelt es sich um ein besseres Rechnungsergebnis als budgetiert, trotzdem muss erstmals seit 1999 aber wieder ein Aufwandüberschuss verzeichnet werden. Die Verbesserung der Laufenden Rechnung ist zu 100 Prozent dem höheren Nettoertrag der Steuern zu verdanken. Der Mehrertrag stammt v.a. aus den höheren Taxationskorrekturen der natürlichen Personen. Auch die Ausgabendisziplin darf wiederum als gut bezeichnet werden. Das mittlere Investitionsvolumen konnte teilweise aus selber erwirtschafteten Mitteln finanziert werden. Die Kennzahlen weisen auf eine gute und solide Finanzlage hin. Trotzdem bereiten der Selbstfinanzierungsgrad, der Selbstfinanzierungsanteil und die Abnahme des Reinvermögens Sorgen. Die wichtigen finanzpolitischen Ziele konnten nur teilweise erreicht werden. Das Eigenkapital bleibt weiterhin auf guten 42,6 Prozent des ausgewiesenen Gemeindesteuerertrags. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt jedoch unter 100 Prozent.

Es ist deshalb weiterhin eine vorsichtige Finanzpolitik am Platz, insbesondere da das Budget 2014 und auch die Finanzplanaussichten nicht rosig sind. Der Steuerertrag der natürlichen Personen ist erfreulich, hingegen bereitet derjenige der juristischen Personen Sorgen. Es sollen deshalb Massnahmen ergriffen werden, damit der Aufwandüberschuss verkleinert werden kann, da sich dieser ansonsten in den folgenden Jahren weiter vergrössern wird.

Abschliessend hält er folgende möglichen Massnahmen fest:

- Beiträge an Gesundheit / Soziale Sicherheit überprüfen und evtl. anpassen, die Beiträge sind seit 2010 um ca. 4,0 Mio. Franken gestiegen → Zuständigkeit: Kanton
- Verhinderung Sanierungsbeitrag der Einwohnergemeinden an die Kantonale Pensionskasse
- Gesetzliche Grundlagen für das aktive Inkasso der Vorbezugsrechnungen schaffen → Zuständigkeit: Kanton
- Pfändungserfolg bei Betreibungen erhöhen → Zuständigkeit: Kanton
- Immobilien- und Unterhaltsstrategie forcieren
- Verkauf Bauland an der Steinbruggstrasse (11'433 m²) → Hoher Verkaufserlös (Buchgewinn), neue wiederkehrende Steuereinnahmen
- Aufgabenverzicht / Aufgabenkürzungen
- Sonstige Sparmassnahmen

Ohne Massnahmengreifung wird das Reinvermögen bald aufgebraucht sein. Im Hinblick auf Zeiten mit knapper werdenden Mitteln, wie jetzt bereits im 2013 eingetroffen, ist die Ausgangslage aber immer noch gut.

Mit diesen Bemerkungen bittet der Finanzverwalter, auf die Rechnung einzutreten.

Rechnung und Bericht der Regio Energie Solothurn für das Jahr 2013

Felix Strässle, Direktor der Regio Energie Solothurn (RES), präsentiert das Resultat des Geschäftsjahres 2013. Es kann auf ein ziemlich bewegtes vergangenes Jahr zurückgeblickt werden. Auf verschiedenen Ebenen laufen Diskussionen zur sogenannten Energiewende. Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise, klimafreundliche Energieerzeugung und gesellschaftliche Akzeptanz gelangten in der jüngeren Vergangenheit vermehrt in den Fokus der Schweizerischen Energiepolitik und werden wichtige Elemente einer zukünftigen Energiepolitik sein. Die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Energie (und das ist nicht nur Strom) und Wasser ist eine wesentliche Grundlage für den Wohlstand in der Schweiz. Daraus ist erkennbar, dass sich die künftige Diskussion um die Energiewende auch um den Erhalt der Versorgungssicherheit zu sozialverträglichen und wettbewerbsfähigen Preisen drehen wird.

Die politischen Weichenstellungen auf der CH-Ebene zielen einerseits auf den Ausstieg aus der Kernenergie, und ziehen damit einen nachhaltigen Umbau des Strom-Produktionsparks mit sich. Andererseits ist die Klimapolitik ein weiterer Treiber, womit das Gas- und Wärmegeschäft der RES direkt tangiert ist.

Bei der Energiestrategie und der sogenannten Energiewende geht es um sehr ambitionierte Ziele. Diese lassen sich wohl nur dann erreichen, wenn die anstehenden Herausforderungen von Politik, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und der Bevölkerung, beispielsweise beim Ausbau der Versorgungsnetze, bei der dezentralen Energie-Produktion, bei der Bedarfsanpassung sowie bei der Schaffung von Speichermöglichkeiten gemeinsam und koordiniert angegangen werden.

Die verschiedenen Netzsysteme haben Stärken und Schwächen aber auch Potential. Die jeweiligen Möglichkeiten sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gasnetz lässt sich Energie speichern. Im Stromnetz ist es hingegen noch schwierig bis unmöglich. Die Umwandlung der verschiedenen Energieformen bietet nun neue Möglichkeiten der effizienten Energiespeicherung. Bei der Suche nach Lösungen stösst man auf die wichtiger werdende Netzkonvergenz. Dabei geht es um die Vernetzung der Netze Strom, Gas und Wärme. So kann erneuerbar erzeugte Elektrizität, wenn diese nicht kurzzeitig nutzbar ist, nach der Umwandlung in Gas oder Wärme auf vielfältige Weise gespeichert werden. Eine für Europa einzigartige und erste integrierte Anlage befindet sich unter dem Namen "Hybridwerk" in Solothurn auf der Aarmatt im Bau. Die RES hat hier zwischenzeitlich sogar eine Vorreiterrolle eingenommen. Sie zeigt damit ein grosses energie- und umweltpolitisches Engagement. Schweizweit schaut man auf das Hybridprojekt und ca. jede Woche erfolgt eine Anfrage, einen Vortrag zu halten. Die Grenzen liegend derzeit weniger bei den guten Ideen, sondern vermehrt bei den fehlenden technischen Fachleuten.

Das Gasnetz wird weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Erdgas ist ein vielseitig einsetzbarer und umweltfreundlicher Energieträger, der in der europäischen Energieversorgung der Zukunft eine grosse Rolle als Strom- und Wärmeezeuger, aber auch als Treibstoff spielt. Aufgrund seiner ausgeprägten Energiedichte liefert Erdgas sehr hohe Energiemengen, die flexibel gesteuert und leicht gespeichert werden können. Dank seiner Komprimierbarkeit und der gut ausgebauten Netzsysteme lässt es sich im Gegensatz zu Strom viel leichter speichern. Das Gasnetz hat durch die Speicheranbindung eine hohe Flexibilität und Kapazitätsreserven, erst recht auch bei Bedarfsrückgang im Wärmemarkt. Die RES verfügt zudem über den viertgrössten Röhrenspeicher in der Schweiz. Aus einem Szenario des BFE zur "Energiestrategie 2050" entsteht bei der analogen Annahme wie für die gesamte Schweiz bezogen auf die Stadt Solothurn im Juni/Juli 2035 ein Überschuss von 3,8 GWh Strom aus Photovoltaik-Anlagen. Damit stellt sich auch die Frage, wie man diese 3,8 GWh Strom in Solothurn speichern könnte. Die RES hat ausgerechnet, wieviel erneuerbares Gas in diesen Monaten daraus entstehen würde und hat dabei erkannt, dass diese Menge problemlos im bestehenden

Röhrenspeicher gelagert werden könnte. Diese Rechnungen und Überlegungen wurden 2013 anlässlich von Vorträgen einer breiteren Öffentlichkeit – u.a. auch dem 2000-Watt-Gesellschaftskreis der Stadt Solothurn, detailliert vorgestellt.

Im Weiteren hält der Referent fest, dass die Mobilität in der Energiestrategie 2050 des Bundes eine wichtige Rolle spielt. Er richtet sich zurzeit stark auf die Diskussionen aus, die in Bundesbern geführt werden. Es ist bekannt, dass die Mobilität 30 Prozent – oder mehr – vom gesamten Energieverbrauch ausmacht. Eine Reduktion des Energieverbrauches und des CO₂-Ausstosses ist damit ein wichtiger Teil der angestrebten Lösung. Dies kann auf verschiedene Wege erreicht werden, wie z.B. vermehrt mit Erdgas fahren oder weniger fahren. Bei der RES fahren beispielsweise mehr als 30 Fahrzeuge mit Erdgas. Bezüglich Elektromobilität braucht es noch weitere Ansätze. So ist beispielsweise eine Tankstellenlogistik nicht im selben Ausmass notwendig, wie beim Erdgas. Ein Elektrofahrzeug benötigt einen anderen Aufladezyklus und es wird idealerweise zu Hause aufgeladen. Die RES unterstützt die Interessenten mit Rat und Tat und es werden u.a. die geeigneten Steckdosen installiert.

Abschliessend hält er fest, dass die RES im vergangenen Jahr rund 25'000 Kundinnen und Kunden mit Strom, Erdgas, Fernwärme, Trinkwasser und Dienstleistungen versorgt hat. Sie geht die Energiewende aktiv an und schreitet sogar voran. Die RES wird im Raum Solothurn in den Bereichen Energie, Wasser, Energie-Effizienz und Gebäudetechnik eine erste Anlaufstelle sein, ihre Kundschaft durch die Energiewende begleiten und zusammen mit ihr moderne und dezentrale Lösungen mit Einsatz umweltfreundlicher Energieträger entwickeln.

Für die Kennzahlen verweist der Referent auf den Geschäftsbericht Seiten 16 und 17.

Felix Strässle bittet, auf die Rechnung 2013 einzutreten und die vom Verwaltungsrat und von der Gemeinderatskommission vorgeschlagene Verwendung des Unternehmensergebnisses sowie den Geschäftsbericht 2013 mit konsolidierter Erfolgsrechnung und die Bilanz zu genehmigen.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** dankt den Referenten für die detaillierten Ausführungen. Im Weiteren bedankt er sich bei der Fiko für die Begleitung des Finanzjahres, der GRK und dem GR für die Einhaltung des Budgets sowie bei sämtlichen Mitarbeitenden der Stadt Solothurn. Sein Dank richtet sich zudem an Felix Strässle, seinem Team sowie dem Verwaltungsrat der RES. Bei den beeinflussbaren Positionen wird ersichtlich, dass die Stadt ihr Budget im Griff hat. So besteht nach wie vor ein nicht ausgeschöpfter Personalkredit, d.h. bewilligte Stellen, die vorläufig nicht besetzt werden. Ein Aufgabenverzicht steht zurzeit nicht zur Diskussion. Dies nicht deshalb, weil die Stadt nicht sparen möchte, sondern weil zurzeit kaum mehrheitsfähige Streichungen von Aufgaben vorgenommen werden könnten. Die Sozialhilfe ist zweifellos eine Wachstumsposition, bei der jedoch eine Abhängigkeit von Bund und Kanton besteht. Die Stadt weist im Vergleich zu anderen Städten und zum Kanton eine unterdurchschnittliche Sozialhilfequote auf. Der Regierungsrat hat Massnahmen vorgeschlagen, die nun umgesetzt werden sollen. Zu diesem Zweck wurde die Steuerungsgruppe „Massnahmenplan Sozialhilfe“ ins Leben gerufen, die bereits verschiedene Vorschläge rund um die Verteilschlüssel zur Diskussion angeregt hat. Die Sozialen Dienste der Stadt Solothurn arbeiten effizient, sofern in diesem Bereich von Effizienz gesprochen werden kann. Bezüglich Sanierung der Kantonalen Pensionskasse hält er Folgendes fest: Falls die Gemeinden im Ausmass, wie dies der Vorstand des Einwohnergemeindeverbandes mit den Kanton vereinbart hat, belangt würden, würden konkret für die Stadt Solothurn während 40 Jahren jährliche Beiträge von Fr. 350'000.-- anfallen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine finanzpolitische Frage, sondern auch um die Frage nach der Mitschuld für das finanzielle Loch. Die grosse Mehrheit des Vorstandes des Einwohnergemeindeverbandes ist deshalb der Meinung, dass alle als Kantonsangehörige ohnehin das Loch mitfinanzieren müssen und dabei nicht noch der Umweg über die Gemeinden erfolgen soll. Abgesehen davon gibt es unterschiedliche Meinungen und Vorschläge betreffend Verteilschlüssel. Dieser wird sicher noch zu grossen Diskussionen führen. Im Weiteren bedankt er sich bei der RES für das wiederum sehr gute Ergebnis in einem schwierigen Umfeld. Dies insbesondere auch dank den Bemühungen, ganzheitliche Dienstleistungen anbieten zu können, d.h. nicht nur als Energieverkäuferin aufzutreten, sondern auch als beratende Stelle. Die GL und die Direktion lassen den Mitarbeitenden Freiraum für innovative neue Lösungen und für prospektives Denken. Die guten Ergebnisse sind nötig, um wiederum die Investitionen finanzieren zu können. Im vergangenen Jahr wurden Bruttoinvestitionen in der Höhe von 16,5 Mio. Franken getätigt. Dadurch kann u.a. das Fernwärmenetz in der Stadt so intensiv vorangetrieben werden. Mit diesen Bemerkungen bittet er ebenfalls, auf die beiden Rechnungen einzutreten.

Eintretensdiskussion

Marco Lupi hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass die Rechnung zwar nicht schön, trotzdem aber schöner als erwartet ist. Das Resultat gibt aus ihrer Sicht keinen Grund zum klagen. Die Verwaltung hat - analog den vergangenen Jahren - gute Arbeit geleistet und sie ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Dafür bedankt sie sich herzlich und dies lässt für die Zukunft hoffen. Das Eigenkapital von 29 Mio. Franken ist genau für solche Jahre da. Dementsprechend ist auch klar, dass das Resultat eine Diskussion über eine allfällige Erhöhung des Steuerfusses erübrigt. Trotzdem gilt es, wachsam zu bleiben und die Ausgaben weiterhin gut zu hinterfragen. Das Minus darf nicht zur Gewohnheit werden, oder anders gesagt, lieber alle 15 Jahre einmal ein kleines Minus und ansonsten ein Plus – als umgekehrt. Noch ein Wort zum Sozialbereich: Sie ist sich der Problematik bezüglich Handlungsspielraum durchaus bewusst und sie ist froh um das vorhergehende Votum des Stadtpräsidenten. Auch wenn keine direkte Einflussnahme ausgeübt werden kann, sollen Massnahmen, Vorschläge oder Strategien entwickelt und über die Kanäle zum Kanton eingespielen werden. Die Sozialen Dienste der Stadt Solothurn leisten gute Arbeit. **Die FDP-Fraktion dankt allen vorbereitenden Gremien für ihre Arbeit, sie wird auf die Rechnung eintreten und zustimmen.** Zur Regio Energie: Chapeau für das Resultat und die solide und gute Arbeit. Als Alleinaktio-

närin ist es sehr beruhigend zu sehen, dass das Unternehmen auf Kurs ist und dies stimmt sehr positiv für die Zukunft.

Die SP-Fraktion – so **Matthias Anderegg** – hat das Rechnungsergebnis mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Es ist nicht schön, rote Zahlen zu schreiben. Schon gar nicht, wenn dies zum letzten Mal vor 15 Jahren vorgekommen ist. Dass der Fehlbetrag um rund 2,5 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausgefallen ist, ist wiederum sehr erfreulich. Trotzdem bleibt ein Minus von ca. Fr. 900'000.--. Sie dankt an dieser Stelle allen, die dazu beigetragen haben, das verbesserte Rechnungsergebnis zu erreichen. Im Weiteren gratuliert sie der RES ebenfalls zum guten Ergebnis und zur Verbesserung gegenüber dem letzten Jahr. Trotz den sehr hohen Investitionen konnten stattliche Gewinne erwirtschaftet werden, dies ist sehr erfreulich. Sie erkundigt sich an dieser Stelle nach dem Stand des Hybridwerkes sowie nach den Massnahmen, die in näherer Zukunft geplant oder umgesetzt werden. Auch das Investment in die Swissspower Renewables AG ist sehr erfreulich. Gerne wünscht sie hierzu ebenfalls noch nähere Informationen. Die heutigen Ausführungen von Felix Strässle bezüglich Elektromobilität wurden erfreut zur Kenntnis genommen. Der Referent teilt die Ansichten. Diese stehen zwar etwas im Gegensatz zur Beantwortung der entsprechenden Motion, deren Beantwortung für heute traktandiert wurde. Die Schaffung von sieben neuen Arbeitsplätzen im 2013 ist sehr erfreulich, ebenso die hohe Anzahl Lernender. An dieser Stelle gratuliert die SP-Fraktion Sandra Hungerbühler zur Wahl in die Geschäftsleitung der RES. Zurück zur Rechnung der EGS: Mit Bedenken beobachtet sie die rückläufigen Steuererträge bei den natürlichen und juristischen Personen. Der Steuerertrag ist tiefer als budgetiert. Es sind ausschliesslich die Taxationskorrekturen bei den natürlichen Personen, die zum verbesserten Nettoergebnis geführt haben. Sie hält an dieser Stelle fest, dass die Taxationskorrekturen nach oben ausschliesslich über eine florierende Wirtschaft beeinflusst werden. So gesehen ist dieser Mehrertrag ein Geschenk und nicht mehr. Niemand kann die Erträge in Zukunft planen. Gemäss Finanzplan geht die Stadt schwierigen Zeiten entgegen und sie ist aus diesem Grund der Meinung, dass die letzte Steuersenkung bereits jetzt als Fehlentscheid eingestuft werden kann. Schon zum Zeitpunkt vor der Senkung des Steuerfusses waren die Fakten bekannt und sie wurden trotzdem ignoriert. So freut sie sich auf die Vorschläge der bürgerlichen Mehrheit, wie die Ausstände in Zukunft kompensiert werden können. Die Ausgangslage für die hohen Investitionen bleibt unverändert und wird sich sogar noch verschärfen. Gegen eine Verzichtplanung im sozialen Themenbereich wird sie sich auf jeden Fall vehement wehren. Das Signal der rückläufigen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen muss ernst genommen werden. Die Äusserungen des Finanzverwalters lassen vermuten, dass auch Steueroptimierungen von grösseren Firmen zu diesem schlechten Ergebnis geführt haben. Die katastrophale Unternehmenssteuerreform schlägt sich nun auch in die Gemeinden nieder. Die Stadt ist gefordert, ein attraktives Umfeld für das Gewerbe und die KMUs zu generieren. Wer denkt, dass dies nur über die Steuern lösbar ist, täuscht sich. Es sind Ortsbezüge von Geschäftsinhaber/innen, tiefe Mietzinsen und Bodenpreise sowie gute Rekrutierungsmöglichkeiten von Fachkräften, welche die Region attraktiv machen. Der Referent erwähnt ein Beispiel eines KMU aus seiner nächsten Umgebung, das seinen Hauptsitz in der Region und Niederlassungen in Zürich und Basel hat. Aus steuertechnischen Gründen hätte sich dieser Betrieb schon lange anders ausrichten können. Aus den vorerwähnten Gründen ist er jedoch in der Region geblieben. Im Zusammenhang mit der Erschliessung und Vorbereitung des Weitblickes müssen konkrete Massnahmen in die Wege geleitet werden. Ohne Vorinvestitionen ist dies jedoch nicht möglich. Die Möglichkeiten als Kantonshauptort sollen besser genutzt, die zentrale Lage, das gute Ausbildungsangebot und auch die Verkehrserschliessung besser propagiert werden. Die anstehende Ortsplanung sowie auch der Neubau des Bürgerspitals und des Berufsschulhauses zeigen Chancen auf. Den Unterlagen konnten weitere Massnahmen zur Verbesserung des künftigen Ergebnisses entnommen werden. Die Zuständigkeit eines Grossteils der Massnahmen liegt beim Kanton. Deshalb kann sie an dieser Stelle höchstens bitten, dass die Verwaltung im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechend Einfluss nehmen wird. Die Frage bezüglich Sanierungsbeitrag der Kantonalen Pensionskasse wird voraussichtlich an der Urne entschieden. Der Spielraum ist entsprechend klein. Es gibt durchaus auch Möglichkeiten, um eine aktive Verbesserung

erzielen zu können, namentlich bei der Bewirtschaftung von Immobilien- und Baulandreserven. Konkretisiert werden kann dies jedoch erst bei Vorliegen der versprochenen Immobilienstrategie und des Verkaufskonzepts Weitblick. An dieser Stelle bittet sie, diese wichtigen Dossiers zu forcieren. Ohne diese Grundlage gibt es keine Diskussion über einzelne Grundstücke, wie diese bereits zum Teil erwähnt wurden (Steinbruggstrasse). An erster Stelle steht die Bewirtschaftung des Grossprojektes Weitblick. Nur dort kann eine vernünftige Ansiedlungspolitik für eine breite Einkommenschicht garantiert werden. **Die SP-Fraktion wird auf die Rechnungen eintreten und allen Anträgen zustimmen.**

Im Namen der CVP/GLP-Fraktion hält **Pirmin Bischof** fest, dass zum ersten Mal seit längerer Zeit nun leider ein Defizit ausgewiesen werden muss. Obwohl es glücklicherweise wesentlich kleiner ist als budgetiert, wird zur Vorsicht gemahnt. Immerhin besteht nach wie vor ein Eigenkapital von 29 Mio. Franken, mit den Vorfinanzierungen verdoppelt sich dieser Betrag sogar. Das Defizit mahnt auch zur näheren Betrachtung des Steuerfusses. Ihrer Ansicht nach zeigt die Eigenkapitalsituation – namentlich die Einnahmesituation –, dass die Steuerensenkungen sehr berechtigt waren und nachhaltig sind. In diesem Sinne sieht sie betreffend Steuerfuss für dieses Jahr keinerlei Handlungsbedarf. Sie gratuliert der Verwaltung zur vorsichtigen Ausgabepolitik, die sie seit Jahren betreibt. Dies betrifft auch die Stellenpolitik, wie sie vom Stadtpräsidenten bereits ausgeführt wurde. Die Stadt hat den Sozialbereich im Griff, dies trifft nicht für alle Gemeinden des Kantons Solothurn zu. Sie hat eine gewisse Besorgnis, die mit der Regionalisierung einhergeht. Die Meinung wäre gewesen, dass dadurch mehr Effizienz erreicht werden kann, unter dem Strich entstehen jedoch Mehrkosten, da gewisse Arbeiten doppelt gemacht werden. Die CVP/GLP-Fraktion hat insbesondere die Einnahmesituation näher betrachtet. Es fällt dabei auf, dass bei den natürlichen Personen eine ausserordentlich erfreuliche Entwicklung und eine gesunde Struktur bestehen. Es werden Mehrerträge in der Höhe von 2,4 Mio. Franken und Taxationskorrekturen von 4 Mio. Franken ausgewiesen. Das Kernstück der Einnahmeseite müssen wohl weiterhin die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen sein, weshalb dort die nötigen Förderungsmassnahmen getroffen werden müssen. Die langersehnte Immobilienstrategie scheint dringlich zu sein, insbesondere da nun erstmals ein Defizit ausgewiesen werden musste. Die Stadt muss sich ernsthaft Gedanken darüber machen, namentlich beim Finanzvermögen, wo Möglichkeiten für Veräusserungen bestehen. Dies jedoch nicht für spekulative Investitionen, sondern für die Ansiedlung von guten Steuerzahlenden. Sie ist durchaus der Meinung, dass die Region Steinbrugg dazu ein geeignetes Objekt ist. Die im Gemeinderat beschlossenen Punkte betreffend Weitblick müssten endlich realisiert werden. Sie erwartet von der Verwaltung, dass dieses Projekt nun etwas zügiger vorwärts geht, zumal gemäss Legislaturziele die ersten Verkäufe offenbar für das Jahr 2014 geplant sind. Die Wasserstadt ist einnahmepolitisch wohl noch etwas weiter entfernt und das Projekt sieht zurzeit eher nach Ausgaben aus. Immerhin stellt diese ein Stück Vision dar – aus ihrer Sicht eine schöne Vision. Sie ist im Richtplan aufgeführt. Der Faktor Zeit spielt auch hier eine gewisse Rolle. So wünscht sie sich, dass der Kanton und die Stadt eine positive und proaktive Haltung einnehmen, dies auch im Wissen darum, dass es sich um kein einfaches Projekt handelt. Die Belastungsmenge im Boden scheint erheblich zu sein. Etwas anders präsentiert sich die Situation bei den juristischen Personen. Hier herrscht etwas Ratlosigkeit. Es fällt auf, dass es sich um einen erheblichen Rückgang handelt, der zum Teil mit dem Wegzug der Synthes zusammenhängt. Sie bitten deshalb um nähere Erklärungen. Die Stadt Solothurn soll auch für die juristischen Personen attraktiv bleiben. Bezüglich Durchsetzung der Steuervorbezüge herrscht bei der CVP/GLP-Fraktion Unzufriedenheit. Die Steuerausstände sind zwar rückläufig, trotzdem kann es nicht sein, dass ein Teil der Steuerpflichtigen offenbar dauerhaft die Steuern nicht oder viel zu spät bezahlt. Dies betrifft die Fälle, bei denen objektive Gründe für den Verzug oder das Ausbleiben fehlen. Die öffentliche Hand muss dafür sorgen können, dass die geschuldeten Steuern auch tatsächlich eingezogen werden. Bezüglich Pensionskassenthematik erkundigt sie sich nach der städtischen PK. Im GPA-Bericht 2010 wurde vorgeschlagen, dass im Verwaltungsbericht jeweils der Deckungsgrad und der technische Zinssatz ausgewiesen werden sollen. Dies ist im 2011 und 2012 auch so erfolgt. Im Verwaltungsbericht 2013 wurde dieser jedoch nicht mehr aufgeführt. Sie erkundigt sich nach dem

Grund dafür, nach den konkreten Zahlen sowie nach der Frage betreffend Primat (Wechsel Leistungsprimat zu Beitragsprimat). Zur Regio Energie: Sie gratuliert ebenfalls zum hervorragenden Ergebnis. Trotz steigenden Investitionen und sinkenden Strompreisen ist es ihr gelungen, noch einen steigenden Bruttogewinn auszuweisen. Sie zeichnet sich durch eine sehr innovative Haltung aus. Sie würde begrüßen, wenn künftig der Geschäftsbericht wieder vorgängig zur Sitzung zugestellt wird. **Die CVP/GLP-Fraktion wird auf beide Rechnungen eintreten und den Anträgen zustimmen.**

Heinz Flück dankt im Namen der Grünen und Jungen Grünen für die Ausführungen und Erläuterungen zur Rechnung 2013. Das Ergebnis ist besser als budgetiert, auch wenn noch ein Defizit besteht. Sie bedanken sich bei der Verwaltung. Der Rechnung kann entnommen werden, dass die Verantwortlichen haushälterisch mit dem Geld umgehen und eine gute Ausgabendisziplin an den Tag legen. Dass durch das Ergebnis das Eigenkapital etwas angeknabbert wurde, erachten sie nicht als tragisch. Die letzte Steuerfussenkung wurde u.a. damit begründet, dass das Eigenkapital hoch oder zu hoch sei und zum Teil abgebaut werden soll. Sie stellen fest, dass sich die Stadt nun offenbar in dieser Phase befindet. Diese Feststellung relativiert auch die Interpretation von Kennzahlen. Bei näherer Betrachtung ist ihnen auch das Steueraufkommen aufgefallen. Es existiert eine Zuwanderung und trotzdem sind die ordentlichen Steuern der natürlichen Personen tiefer ausgefallen. Die Abnahme der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen ist ihnen ebenfalls ins Auge gestochen. Wanderungsverluste und Steuergesetzreformen müssten bei der Budgetierung eigentlich bereits berücksichtigt worden sein und es kann festgestellt werden, dass die Wirtschaftslage gut ist. Offenbar gelingt es der Wirtschaft nach wie vor, die Steuern zu optimieren. Sie gehen davon aus und fordern, dass die Wirtschaft weiterhin ihren Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben leistet. Bei Betrachtung der Einsparungen in der Investitionsrechnung muss festgestellt werden, dass es sich dabei nicht um effektive Einsparungen, sondern um Verschiebungen handelt. Es sollen deshalb daraus keine falschen Schlüsse gezogen werden. Sie sind froh, wenn die Immobilienstrategie forciert wird, damit die Immobilien nach einem klaren Konzept bewirtschaftet werden können. Auch wenn daraus einzelne Verkäufe resultieren werden, kann dadurch der Finanzhaushalt nicht nachhaltig saniert werden. Es darf schon gar nicht sein, dass die Finanzpolitik bestimmt, was die Stadt veräussern soll und was nicht. Zur Regio Energie: Die RES konnte trotz sehr hohen Investitionen und unsicher werdendem Energiemarkt ein sehr gutes Rechnungsergebnis präsentieren. Mit Freude wurde auch die Innovationsbereitschaft zur Kenntnis genommen. Diese ist notwendig für die Energiewende. Dem Referenten ist aufgefallen, dass der Leiter Services anlässlich der GRK-Sitzung festgehalten hat, dass sich das Rechnungsergebnis 2014 aufgrund des quasi ausgebliebenen Winters sicher schlechter präsentieren wird. Diese Aussage ist einerseits nachvollziehbar, da die RES nach wie vor den grössten Umsatz mit dem Energieverkauf erwirtschaftet. Andererseits zeigt diese Bemerkung, dass der nötige Paradigma-Wechsel noch nicht wirklich angekommen ist, da der Verbrauch von weniger Energie als schlecht bezeichnet wird. **Die Grünen und Jungen Grünen werden ebenfalls auf beide Rechnungen eintreten und allen Anträgen zustimmen.**

Bei einer Erfolgsrechnung – so **René Käppeli** in Namen der SVP-Fraktion – stellt der Ertrag das grösste Risiko dar. Alle anderen Positionen sind in der Regel relativ klar abschätzbar. Bei der Stadt Solothurn besteht die Ertragssituation aus den natürlichen und juristischen Personen. Weshalb bei den juristischen Personen der Ertrag in diesem Ausmass zurückgegangen ist, wird der Finanzverwalter wohl noch detailliert ausführen. Bei den natürlichen Personen zeigt sich, dass eine sehr gute und gesunde Ertragsstruktur besteht. Der geringere Ertrag als budgetiert wurde, ist deshalb nicht signifikant. Sie weist darauf hin, dass die Struktur der natürlichen Personen in der Stadt Solothurn primär aus Personen besteht, die direkt oder indirekt bei der öffentlichen Verwaltung angestellt sind. Dies deutet auch darauf hin, dass dadurch eine sehr solide Ertragsstruktur gewährleistet ist. Das Kantonale Steueramt wird weiterhin dafür sorgen, dass auch in Zukunft recht grosse Taxationskorrekturen bestehen. Bezüglich Aufwand hält sie fest, dass aufgrund der heutigen Situation die Aufwendungen, sprich die ganze soziale Wohlfahrt, das zweite Risiko beinhaltet. Alle anderen Positio-

nen sind sehr gut abschätzbar. Betreffend Sozialaufwendungen kann nur gewünscht werden, dass künftig die Rahmenbedingungen einen grösseren Handlungsspielraum bieten, damit die Dynamik besser in den Griff bekommen werden kann. Zum Ergebnis fügt sie hinzu, dass insgesamt Abschreibungen in der Höhe von 4,3 Mio. Franken vorgenommen wurden. Davon 1 Mio. Franken auf den Finanzliegenschaften, dies bei steigenden Marktpreisen im Liegenschaftensektor. Es kann nicht beurteilt werden, ob die Abschreibungen auf den Liegenschaften zwingend notwendig waren. Ohne diese hätte jedoch eine schwarze Null erreicht werden können. Sie warnt davor, dass die Immobilienstrategie ein Heilmittel sein wird, um zukünftige Verluste kompensieren zu können. Erträge aus Verkäufen sollen nicht zum Ausgleich eines Verlustes beigezogen werden, sondern zwingend für Investitionen in anderweitigen Bereichen innerhalb der Stadt Solothurn verwendet werden. Zur Regio Energie: Die SVP-Fraktion gratuliert ebenfalls zu den Ergebnissen. Trotzdem möchte sie einen kleinen kritischen Unterton anbringen. Bei dem Gewinn von 5,2 Mio. Franken resultieren ca. 4 Mio. Franken aus dem Verkauf von Gas, Strom und Wasser. In diesem Bereich ist eine relative Monopolsituation vorhanden, weshalb dadurch vermutlich der grosse Mehrertrag realisiert werden konnte. Zum sogenannten Leuchtturmprojekt (Hybridwerk) möchte sie darauf hinweisen, dass es aus dem Energiegesichtspunkt heraus nur beschränkt sinnvoll ist, Energie umzuwandeln, zurückzuwandeln, wieder umzuwandeln und schlussendlich wieder Strom zu haben. Jede Umwandlung von Strom in eine andere Energieform bringt Effizienzverluste zwischen 20 – 30 Prozent mit sich. Es handelt sich einerseits sicher um ein innovatives Projekt, um mit periodischen Energieüberschüssen umgehen zu können. Andererseits handelt es sich nur beschränkt um ein Vorgehen, mit dem alle Probleme gelöst werden können. Abschliessend hält sie fest, dass sie die heutige Gassituation als sehr kritisch betrachtet. Geht man davon aus, dass die EU in der Ukraine das Aggressionspotential weiter erhöhen wird, kann es sein, dass Russland kein Gas mehr liefern wird. Sie erkundigt sich nach dem Dispositiv, um dieser Situation entgegen zu können. Es gibt in der Stadt mehrere Quartiere, die zu 100 Prozent auf die Gaslieferungen der RES angewiesen sind. **Die SVP-Fraktion wird auf beide Rechnungen eintreten und allen Anträgen zustimmen.**

Stellungnahmen zu den Fragen der Eintretensdiskussion

Beat Käch stellt fest, dass die Steuerfussfrage sehr unterschiedlich betrachtet wird. Die Fiko hat diesbezüglich eine klare Haltung. So hält sie fest, dass der Steuerfuss erst wieder diskutiert werden soll, wenn mindestens zwei Jahre nacheinander ein richtiges Defizit ausgewiesen werden muss. Im Weiteren hofft er, dass sich die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen wieder erhöhen werden.

Reto Notter hält bezüglich Steuereinnahmen bei den juristischen Personen fest, dass die Umstrukturierungen und Reorganisationen der Unternehmungen dazu geführt haben, dass der Ertrag zusammengebrochen ist. Dabei handelte es sich v.a. um Sitzverlegungen und Fusionen, die zum Teil massive Auswirkungen haben können. Zurzeit sieht es so aus, dass der budgetierte Steuerertrag 2014 bei den juristischen Personen wieder erreicht werden kann. Das Jahr dauert jedoch noch ein paar Monate. Die Berechnung des Steuerertrages ist bei den natürlichen Personen besser möglich als bei den juristischen, da die Schwankungen viel kleiner sind. Die tieferen Steuereinnahmen haben weder mit einer Finanz- noch mit einer Wirtschaftskrise zu tun. Bezüglich Bafidia (PK der Stadt Solothurn) informiert er, dass sich der Deckungsgrad per Ende 2013 bei 103 Prozent befand. Die Bafidia hat jedoch Handlungsbedarf angemeldet und Sanierungsvorschläge unterbreitet. Die entsprechende Versammlung hat heute stattgefunden und er wurde wie folgt über die Ergebnisse informiert (die Ergebnisse liegen noch nicht schriftlich vor): Der technische Zinssatz wird von 3,5 auf 3,0 Prozent gesenkt, das Pensionsalter wird von 63 auf 65 Jahre angehoben, der Besitzstand bleibt bei 58 Jahren und es wird weiterhin kein Vollkapitalbezug möglich sein.

Felix Strässle bedankt sich für die vielen Blumen für das vergangene Jahr. Eine grosse Blume hat Petrus verdient, der im ersten halben Jahr quasi der wichtigste Mitarbeiter der RES war. Der Leiter Services denkt natürlich in roten und schwarzen Zahlen und das Ergebnis ist stark witterungsorientiert.

Monopol / Umsatz

Von den rund 106 Mio. Franken Umsatz kann nur ein kleiner Teil als Monopolbereich bezeichnet werden, wie z.B. beim Wasser, wo jedoch kein Gewinn erzielt werden darf, resp. ein Nullergebnis ausgewiesen werden muss. Der grösste Teil des Ergebnisses ist jedoch in keinem Monopol sondern im Wettbewerb entstanden. In den wenigen Monopolbereichen wird darauf geachtet, dass die Situation nicht ausgenützt wird und die RES konkurrenzfähig ist. Die Details zu dieser Frage sollen allenfalls anlässlich der Gemeindeversammlung aufgezeigt werden.

Umwandlungssätze Energie

Es ist unbestritten, dass beim Umwandeln von einer Energieform in eine andere Verluste entstehen. Wird Strom in der Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt, entsteht ein Umwandlungsverlust der schlussendlich zu einem Wirkungsgrad von 60 Prozent führt. Das Konzept ist jedoch nicht auf das mehrmalige Umwandeln ausgerichtet, sondern darauf, dass die Energie gespeichert wird um sie zu einem anderen Zeitpunkt wieder zu gebrauchen. Das Wesentliche passiert seines Erachtens in Europa. In Norddeutschland wird Strom mittels Windfarmen erzeugt. Dabei kann festgestellt werden, dass gewisse Windräder stillstehen, obwohl der Wind bläst. Dies hängt damit zusammen, dass teilweise schon zu viel Strom erzeugt wird, der nicht abtransportiert werden kann und deshalb abgeregelt werden muss. Durch eine Abregelung entsteht ein Wirkungsgrad von 0 Prozent, 60 Prozent sind deshalb wohl immer noch besser.

Gaslieferungen aus Russland

30 Prozent der Gaslieferungen nach Europa erfolgen aus Russland. In der Zwischenzeit gibt es eine grosse Gasleitung (Nord-Stream), die nicht durch die Ukraine führt. Falls ein Transportproblem entstehen würde, könnte die Nord-Stream den Transport problemlos aufnehmen, da sie nicht ausgelastet ist. Die Swisssgas poolt ihren gesamten Gaseinkauf schweizweit. Als VR-Mitglied der Swisssgas kennt er die genaue Lagebeurteilung. Da der letzte Winter warm war, sind die Speicher voll. Es besteht zurzeit kein Engpass. Falls die Gaslieferungen seitens Russland eingestellt würden, wäre einerseits für die nächsten 12 Monate noch genügend vorhanden und andererseits könnten über die anderen Wege Gas bezogen werden. Zudem gibt es verschiedene Produzenten, die ihr Gas verflüssigen und mittels Schiffweg dorthin liefern, wo der höchste Preis bezahlt wird. Falls in Europa eine Versorgungslücke entstehen sollte, die zurzeit jedoch nicht absehbar ist, würden die Preise steigen. Die Beurteilung der Europäischen Behörde zeigt ein positives Bild. Russland ist zudem auf Devisen angewiesen.

Swisspower Renewables AG

Bei der Swisspower Renewables AG handelt es sich um eine Gemeinschaftsgründung von mehreren Stadtwerken, die sich alle in der Schweiz befinden. Diese haben sich zusammengeschlossen, damit grosse Investitionen getätigt werden können (Windparks). Der Einzelne wäre für eine Umsetzung zu klein, weshalb die Gemeinschaft gegründet wurde. Die Swisspower Renewables AG hat den Auftrag, in erneuerbare Energieformen zu investieren und im Rahmen einer solchen Investition konnte sich die RES beim Windpark mitbeteiligen.

Hybridwerk Aarmatt

Es handelt sich um ein grosses Projekt mit verschiedenen Phasen, die vom Referenten detailliert erläutert werden. Die Informationen können einem Film entnommen werden, der auf Youtube angeschaut werden kann (Hybridwerk Aarmatt). Die Meilensteine werden im Weiteren auf der Homepage der RES festgehalten. Heutiger Stand des Projektes: Die Wärmeseite wurde gebaut (neues Gebäude auf der Aarmatt). Im Gebäude befindet sich eine Wärmeeinlage zum Produzieren von zusätzlicher Wärme, die ins Fernwärmenetz eingespiesen werden kann. Im Moment wird ein Elektrolyseur evaluiert, mit dem Wasserstoff hergestellt werden kann. Dessen Erstellung muss submissioniert werden. Der Wasserstoff kann ins Gasnetz

eingespiesen werden. Als Input benötigt dieser Wasser und Strom. Dadurch entsteht der Power-to-Gas-Teil. Das Bundesamt für Energie erachtet das Hybridwerk ebenfalls als Leuchtturmprojekt und zeigt Bereitschaft, einen Beitrag zu leisten.

Peter Wyss erkundigt sich bezüglich Pensionskasse, ob die Regio Energie und die Regiobank ebenfalls im Leistungsprimat angeschlossen sind. **Felix Strässle** kann dies im Fall der RES bestätigen. Beim Übergang zur Bafidia wurde auferlegt, dass ein allfälliger Wechsel zum Beitragsprimat erst nach 5 Jahren möglich ist. Die Bafidia bietet grundsätzlich beide Modelle an.

Das Wort zum Eintreten wird nicht mehr verlangt.

Eintreten ist nicht bestritten. **Somit wird Eintreten auf die Rechnungen 2013 stillschweigend beschlossen.**

Detailberatung der Rechnungen für das Jahr 2013

Seiten 40a und 41a

Gemäss **Anna Rüefli** kann der Seite 40a entnommen werden, dass sich die Immobilienstrategie verzögert hat. Gleichzeitig kann der Seite 41a entnommen werden, dass es bei den Schulhäusern Wildbach und Vorstadt mangels Grundlagen (Schulraumplanung) ebenfalls zu Verzögerungen gekommen ist. Sie erkundigt sich, ob zwischen der Immobilienstrategie und der Schulraumplanung in zeitlicher und sachlicher Hinsicht Abhängigkeiten bestehen. Dies insbesondere deshalb, weil die Schulhäuser ein wesentlicher Teil des Immobilienportfolios der Stadt Solothurn darstellen und ein grosser Investitionsbedarf besteht. Im Weiteren erkundigt sie sich nach dem zeitlichen Fahrplan der beiden Projekte (Immobilienstrategie und Schulraumplanung). In Bezug auf die Schulraumplanung möchte sie abschliessend wissen, weshalb trotz Verzögerungen auf die externe Begleitung verzichtet wurde.

Irène Schori erläutert den Fahrplan der Schulraumplanung. Auf die externe Begleitung wurde in Absprache mit der AG Schulraumplanung verzichtet. Eine externe Begleitung kostet Geld und Zeit, v.a. dann, wenn das betriebsinterne Wissen bereits vorhanden ist. Sie erachtete es als wichtig, dass die Schulleitungen zusammen mit ihr die Verantwortung übernehmen. Diese kann insbesondere übernommen werden, wenn nicht noch eine externe Begleitung beigezogen wird. Die AG Schulraumplanung wusste auch, dass bei allfälligen Zweifeln jederzeit eine externe Begleitung beigezogen werden kann. In November 2013 fand eine Sitzung der AG statt. Anlässlich dieser Sitzung hat Andrea Lenggenhager über den Stand der Arbeiten des Stadtbauamtes informiert. Das Stadtbauamt ist zurzeit an der Erhebung des Schulraumbedarfs im Zusammenhang mit den Varianten, die bereits pädagogisch und organisatorisch ausgewertet wurden. Gemäss Zeiteinschätzung wäre eine nächste Sitzung für Mai/Juni 2014 vorgesehen gewesen. Im Stadtbauamt hat sich nun eine zeitliche Verzögerung ergeben, weshalb die AG bereits darüber informiert wurde, dass die nächste Sitzung voraussichtlich im August 2014 stattfinden wird. Anlässlich dieser Sitzung sollen die Varianten diskutiert und danach auf politischem Weg entschieden werden.

Gemäss **Andrea Lenggenhager** haben die zeitlichen Verzögerungen bei den Schulhäusern Wildbach und Vorstadt keinen Zusammenhang mit der Immobilienstrategie. Die Immobilienstrategie wird zwei Teile haben. Im Teil „Analyse und Massnahmen“ wird auf verschiedene Themen hingewiesen. Im anderen Teil wird die Strategie erläutert, d.h. wie soll künftig mit den Bauten umgegangen werden (Verwaltungsvermögen, Finanzvermögen). Sie befürwortet

im Übrigen den Verzicht auf eine externe Begleitung der AG Schulraumplanung. Die Analyse der verschiedenen Varianten braucht viel Zeit. Die Studien sollen deshalb erst im Gesamtkontext ausgelöst werden. Die Schulraumplanung steht somit im Zusammenhang mit der Sanierung der einzelnen Schulhäuser.

Anna Rüefli erkundigt sich, ob somit die Variantenentscheide betreffend Schulraumplanung den politischen Gremien voraussichtlich im Herbst vorgelegt werden und je nach Entscheid die baulichen Fragen angegangen werden. **Andrea Lenggenhager** bestätigt dies.

Regio Energie Solothurn

Die Rechnung 2013 der Regio Energie Solothurn wird anhand der Rechnung seitenweise durchberaten. Zu den Seiten 129 bis 133 sowie 63a und 64a der Broschüre werden weder Fragen gestellt noch Bemerkungen angebracht oder Anträge unterbreitet.

Auf eine Detailberatung des Geschäftsberichtes 2013 und des Antrages des Verwaltungsrates vom 2. April 2014 wird verzichtet. An dieser Stelle hält Stadtpräsident **Kurt Fluri** fest, dass der Geschäftsbericht im kommenden Jahr wieder vorgängig mit den Unterlagen verschickt wird.

Der Direktion sowie den Mitarbeitenden der RES wird für die geleistete Arbeit, ihren Einsatz sowie das gute Rechnungsergebnis der beste Dank ausgesprochen.

Bericht und Antrag der Revisionsstelle der Regio Energie Solothurn für das Jahr 2013

Die KMU Revipartner AG, Luterbach, empfiehlt dem Gemeinderat zuhanden der Gemeindeversammlung, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn Gemeindeverwaltung

Die Rechnung 2013 der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn wird seitenweise durchberaten.

Laufende Rechnung

Seite 9: Rubrik 027.428, Allgemeine Verwaltung, Stadtbauamt; Eigenleistungen für Investitionen

Gemäss **Reto Notter** hat sich anlässlich der GRK-Sitzung ein Mitglied erkundigt, weshalb die Bauherrenleistungen, d.h. das Betreuen des Projektes, als Leistung aufgeführt und schlussendlich dem Kredit belastet werden. Seine Abklärungen haben ergeben, dass im Handbuch des Kantons Solothurn festgehalten wurde, dass die Eigenleistungen ausgewiesen werden müssen (Laufende Rechnung gegenüber Investitionsrechnung). In Grenchen wird dies ebenfalls so gehandhabt. Dadurch sollen bei der Investitionsrechnung die effektiven Kosten ersichtlich sein.

Seite 12: Rubrik 141.380, Öffentliche Sicherheit, Feuerwehr (Spezialfinanzierung); Einlage in Spezialfinanzierung

Die Einlage in die Spezialfinanzierung Feuerwehr ist aufgrund von Mehrerträgen und Minderaufwendungen knapp Fr. 200'000.-- höher als budgetiert ausgefallen.

Seite 14: Rubrik 210.302, Bildung, Primarschulen; Besoldungen Lehrpersonen

Die Besoldungen sind aufgrund von mehr Stellvertretungen um Fr. 100'000.-- höher.

Seite 14: Rubrik 210.318, Bildung, Primarschulen; Dienstleistungen und Honorare

Aufgrund tieferer ICT-Betriebskosten sind die Dienstleistungen und Honorare um Fr. 100'000.-- tiefer.

Seite 14: Rubrik 212.302, Bildung, Sekundarschulen; Besoldungen Lehrpersonen

Die Besoldungen sind aufgrund von weniger Klassen und weniger Lektionen um Fr. 200'000.-- tiefer.

Seite 14: Rubrik 212.318, Bildung, Sekundarschulen; Dienstleistungen und Honorare

Aufgrund tieferer ICT-Betriebskosten sind die Dienstleistungen und Honorare um Fr. 100'000.-- tiefer.

Seite 18: Rubrik 300.365, Kultur, Freizeit, Kulturförderung; Beiträge an private Institutionen

Mehraufwand für kulturelle Veranstaltungen und Veröffentlichungen in der Höhe von Fr. 200'000.-- und um Fr. 73'694.50 tiefer als im Vorjahr.

Seite 18: Rubrik 303.364, Kultur, Freizeit, Stadttheater; Beiträge an Stiftung Theater und Orchester Biel Solothurn

Die Beiträge befinden sich Fr. 400'000.-- über dem Budget. Gründe dafür sind der höhere Beitrag an die provisorische Spielstätte, die Theaterpädagogik sowie an die Sanierung der Betriebseinrichtungen.

Seite 18: Rubrik 303.462, Kultur, Freizeit, Stadttheater; Beiträge Gemeinden

Die Beiträge der Gemeinden befinden sich Fr. 300'000.-- unter dem budgetierten Betrag. Es wird jeweils der gesamte Verteiler budgetiert. Gleichzeitig kann festgehalten werden, dass sich die Beiträge rund Fr. 73'000.-- unter dem Vorjahr befinden.

Seite 25: Rubrik 500.361, Soziale Sicherheit, Sozialversicherungen EL; Beitrag an Kanton

Der Beitrag liegt um Fr. 700'000.-- unter dem Budget, da ein tieferer Beitrag an Ergänzungsleistungen AHV/IV zu verzeichnen war.

Seite 26: Rubrik 582.462, Soziale Sicherheit, Gesetzliche Fürsorge; Interkommunaler Lastenausgleich

Der Betrag liegt um 1,1 Mio. Franken unter dem Budget.

Seite 30: Rubrik 711.380, Umwelt, Raumordnung, Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung), Einlage in Spezialfinanzierung

Die Einlage liegt um Fr. 500'000.-- über dem Budget. Gründe dafür sind tiefere Abschreibungen und tiefere Entschädigungen an die ARA, dagegen bestanden weniger Abwasserbeseitigungsgebühren.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung wird seitenweise durchberaten.

Zusammenstellung der EDV-Kosten

Die Zusammenstellung der EDV-Kosten liegt - detailliert nach Rubriken geordnet - vor.

Nachtragskredite

Seiten 66 – 87: Die Liste der Nachtragskredite mit Begründungen in der Kompetenz des Gemeinderates liegt vor.

Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen in der Laufenden Rechnung in der Höhe von Fr. 1'045'601.88 werden einstimmig genehmigt. In der Kompetenz der Gemeindeversammlung sind keine Nachtragskredite vorhanden.

Bestandesrechnung

Die Zusammenstellung der Bestandesrechnung liegt zusammengefasst als Bilanz und detailliert nach Konti geordnet vor.

Seite 94: Konto 2390.000 Eigenkapital

29,1 Mio. Franken entsprechen 42,6 Prozent des ausgewiesenen Gemeindesteuerertrages.

Anhang zur Jahresrechnung

Seite 95: a) Bürgschaften, Garantieverpflichtungen und Pfandbestellungen zugunsten Dritter

Die GRK nimmt zur Kenntnis, dass sich die Verpflichtung der Stadt Solothurn gegenüber dem Alterszentrum Wengistein wegen der vorgenommenen Teilamortisation reduziert hat.

Seite 96: lit. b) bis lit. g)

- b) Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bevorschussungen bei Erschliessungen
- c) Nicht bilanzierte Leasingverpflichtungen (keine)
- d) Brandversicherungswert der Sachanlagen
- e) Ausgegebene Anleiheobligationen (keine)
- f) Aufwertungen im Finanzvermögen (keine)
- g) Angaben über wesentliche Änderungen in der Rechnungslegung (keine)

Seiten 97 und 98: lit. h)

h) Angaben über wesentliche Beteiligungen an Unternehmen

Seiten 99 bis 101: lit. i)

i) Angaben über wesentliche Beiträge an Unternehmen

Seiten 102: lit. j) und k)

- j) Angaben über wesentliche Darlehen an Unternehmen
- k) Angaben über Bankverbindungen (keine)

Seite 103: lit. l)

- l) Angaben über Vorfinanzierungen

Abschreibungstabelle Kanalisationen

Seite 104: Abschreibungstabelle Kanalisationen

Ein vom Kanton vorgeschriebener Ausweis über genügende Abschreibungen zur Finanzierung des Wiederbeschaffungswertes der Kanalisationen. Wären die Abschreibungen ungenügend hoch, müssten Pflichteinlagen in eine Spezialfinanzierung für den Werterhalt verbucht werden.

Sonderrechnungen

Seiten 105 - 107: Verwaltete Stiftungen

Seiten 108 - 109: Zuwendungen

Liegenschaftenverzeichnis

Seiten 110 - 115: Liegenschaften des Finanzvermögens

Seiten 116 - 125: Liegenschaften des Verwaltungsvermögens

Seite 126: Zusammenfassung der Grundstücke und Liegenschaften per 31. Dezember 2013

Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission über das Rechnungswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn für das Jahr 2013

Seite 62a: Bericht und Antrag RPK

Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt der GRK zuhanden des Gemeinderates und der Gemeindeversammlung, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ein Rückkommen auf die Gemeinderechnung 2013 wird nicht verlangt.

Peter Wyss regt an, den Deckungsgrad und den technischen Zinssatz (Pensionskasse) wieder im Verwaltungsbericht aufzuführen, wie dies der GPA in seinem Bericht 2010 vorgeschlagen hat. Dieser Wunsch wird gemäss **Hansjörg Boll** so aufgenommen.

Über die Anträge 1 bis 5 wird gesamthaft abgestimmt.

Somit wird als Antrag an die Gemeindeversammlung einstimmig

beschlossen:

1. Das folgende Ergebnis des Rechnungsabschlusses wird zur Kenntnis genommen:
 - Die Laufende Rechnung schliesst bei einem Aufwand von Fr. 118'280'016.86 und einem Ertrag von Fr. 117'427'526.49 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 852'490.37 ab.
 - Die Investitionsrechnung weist bei Ausgaben von Fr. 11'514'305.15 und Einnahmen von Fr. 2'750'644.25 Nettoinvestitionen von Fr. 8'763'660.90 aus.
2. Das um den Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung verringerte Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2013 noch Fr. 29'147'509.63.
3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission und der Revisionsstelle der Regio Energie Solothurn sind auf Seiten 62a bis 64a der Gemeinderechnung enthalten und werden zur Kenntnis genommen.
4. Die Rechnungen über die Verwaltung der Einwohnergemeinde der Stadt Solothurn für das Jahr 2013 werden mit dazugehörigem Kommentar und den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung wird Entlastung erteilt.
5. Die Rechnung der Regio Energie Solothurn für das Jahr 2013 wird mit dazugehörigem Kommentar genehmigt. Verwaltungsrat und Direktion wird Entlastung erteilt.

Verteiler

Gemeindeversammlung
Präsident Rechnungsprüfungskommission
Präsident Finanzkommission
Direktor Regio Energie Solothurn (2)
Finanzverwaltung (2)
ad acta 861-2, 913

7. Neubau Turnhallen Schulhaus Hermesbühl Solothurn; Kreditbewilligung

Referentin: Andrea Lenggenhager, Leiterin Stadtbauamt
Vorlagen: Antrag der Gemeinderatskommission vom 30. April 2014
Beilage 1; Projektpläne / Visualisierungen
Beilage 2; Baubeschrieb nach BKP
Beilage 3; Entwurf Projektorganisation

1. Einleitung

1.1 Ausgangslage

Eine im Jahr 2006 erstellte Studie zeigt auf, dass erhebliche Defizite im Bereich der Infrastrukturflächen wie Garderoben, getrennte Duschen und WC-Anlagen bestehen. Die Abmessungen der Turnhallen sind zu klein und die Richtlinien des Bundesamts für Sport (BASPO) werden deutlich unterschritten. Bereits 2006 konnte festgestellt werden, dass das gesamte Bauwerk bau- und wärmetechnisch in einem sehr schlechten Zustand ist und dadurch unter anderem sehr hohe Energieverluste aufweist. Neben den Infrastrukturmängeln und dem allgemein sehr schlechten Zustand der Bausubstanz bestehen Sicherheitsmängel im Bereich des Turnbetriebs und Brandschutzes. Da die Mängel und Defizite nicht mit einer Gesamtsanierung im bestehenden Volumen behoben werden können, ist zwingend ein Neubau notwendig.

Auf Basis der Studie von 2006 wurde im Jahr 2007 ein öffentlicher Projektwettbewerb für einen Neubau einer Doppeltturnhalle und eines Lehrschwimbeckens durchgeführt. Im Verlauf der Planung stellte sich heraus, dass die prognostizierten Baukosten des Siegerprojektes weit über den Kostenvorgaben lagen. Gleichzeitig zeichnete sich eine Veränderung im Betrieb des Schwimmbads der Pädagogischen Hochschule ab. Die Stadt musste neu beurteilen, ob sie ein oder zwei Schwimmbäder für die Schulen, Vereine und die Öffentlichkeit bereitstellen soll. Auf Basis verschiedener qualitativ, nutzerspezifisch und wirtschaftlich geprüfter Projektvarianten fasste der Gemeinderat am 1. Februar 2011 folgende Beschlüsse:

1. Im Schulhaus Hermesbühl wird auf den Bau eines neuen Lehrschwimbeckens verzichtet, die beiden Turnhallen werden übereinander gebaut.
2. Das Bauprojekt, das aus dem Wettbewerb hervorging, wird damit abgebrochen und das Projekt neu gestartet.
3. Die Stadt betreibt künftig das Schwimmbad bei der Fachhochschule entweder in Miete oder im Baurecht.

Im Oktober 2011 wurde der anonyme Projektwettbewerb im selektiven Verfahren mit Präqualifikation öffentlich ausgeschrieben. Die Eingabe der Wettbewerbsprojekte erfolgte bis Ende November 2012. Mit Beschluss vom 26. März 2013 folgte der Gemeinderat der Empfehlung des Preisgerichtes, das im offenen selektiven Verfahren ermittelte Siegerprojekt „TRIPITI“ weiterzubearbeiten und ein entsprechendes Bauprojekt auszuarbeiten. Das Bauprojekt für den Neubau der Turnhallen Schulhaus Hermesbühl liegt heute zur Abstimmung vor.

1.2 Bauliche und kulturelle Vorgeschichte

Von 1907-1909 erbauten die Architekten und Baumeister Ernst und Karl Fröhlicher das Hermesbühschulhaus in Heimat- und Jugendstilformen. Das Schulhaus ist als unregelmässige Dreiflügelanlage, welche einen geschützten Pausenhof umschliesst, konzipiert. Der mächtige, dreigeschossige Haupttrakt mit den Klassenzimmern und zwei Treppenhäusern erstreckt sich entlang der Lorenzenstrasse. An der Bielstrasse schliesst der deutlich niedrigere Südflügel mit der Eingangshalle und der ehemaligen Hauswartwohnung (heutige Tagesschule) an. Der Nordflügel an der Schulhausstrasse besteht aus der gegen den Pausenplatz offenen Pausenhalle mit den 1961 erneuerten, übereinanderliegenden Turnhallen. 1973 wurde der Nordflügel mit der Lehrschwimmhalle in Richtung Pausenplatz erweitert.

Das Schulhaus Hermesbühl ist in seiner Gesamtanlage, dem äusseren Erscheinungsbild, der inneren Grundrissstruktur und in Teilen der originalen Ausstattung sehr gut erhalten. Der gesamte Komplex steht unter kantonalem Denkmalschutz und ist im Verzeichnis der geschützten historischen Kulturdenkmäler des Kantons Solothurn eingetragen. Der Schutz erstreckt sich auch auf die Umgebung, soweit dies für den Erhalt des architektonischen Zusammenhangs erforderlich ist.

2. Projektauslösung

Die bauliche Situation der Gebäude weist heute massive Mängel und Schäden auf. Über die letzten Jahre wurden die notwendigen Reparaturen und Anpassungen sehr zurückhaltend und mit nur sehr geringem Unterhaltsbudget ausgeführt.

Die im Folgenden dargestellten Mängel beeinträchtigen die Sicherheit der Schüler/innen, Lehrer/innen und Besucher/innen der Turn- und Schwimmhallen und beeinflussen die Gesetzeskonformität, die Unterhaltskosten, den Energieverbrauch und letztlich die Nutzungsmöglichkeit der gesamten Anlage. Dies kann rechtliche Auswirkungen auf Haftungsfälle haben, für welche die Stadt als Eigentümerin die Verantwortung trägt. Die Hauptmängel lassen sich wie folgt umschreiben:

Gebäudehülle

Die Energiekennzahlen (U-Wert) erfüllen die heute aktuellen minimalen Dämmwerte gemäss Energiegesetz bei weitem nicht. Die einfachverglasten Fenster sind weder luft- noch wasserdicht. Es bildet sich Kondensat und Tropfwasser. Die raumhohen Verglasungen der Turnhallen gegen Süden besitzen keinen Sonnenschutz.

Allgemeine Bausubstanz

Die Bausubstanz ist in einem allgemein schlechten und schadhafte Zustand. Die Böden sind stark abgenutzt und wurden bereits mehrfach kleinflächig ausgebessert. Durch den schlechten Zustand besteht teilweise Stolpergefahr. Bei den verputzten Wänden bröckelt der Putz ab. In den Garderoben- und Duschräumen blättert die Farbe ab und es entsteht durch die fehlende Belüftung Schimmelbildung. Boden- und Wandplatten lösen sich und können nicht mehr durch originale Platten ersetzt werden. Die Radiatoren sind verrostet und sämtliche Einrichtungen sind stark abgenutzt und verbraucht.

Betrieb

Für die vier Garderoben bestehen nur zwei Duschräume ohne Abtrocknungszonen. Dies kann zu Problemen in der Belegung und Nutzung der zwei bestehenden Turnhallen führen. Die Geräteräume zu den Turnhallen sind um 50% zu klein und stirnseitig der Hallen angeordnet. Die Abmessungen der bestehenden Turnhallen entsprechen mit 25m x 14,3m x 5,5m nicht mehr den heutigen BASPO Richtlinien für Einfachturnhallen.

Brandschutz

Es besteht nur eine Fluchttreppe, wodurch die Fluchtwegdistanzen nicht eingehalten werden können. Sämtliche brandabschnittsbildenden Türen und teilweise auch Wände und Decken erfüllen den geforderten Feuerwiderstand von EI 30 nicht.

Behindertengerechtigkeit

Die Zugänglichkeit für Behinderte ist im ganzen Gebäudetrakt nicht gegeben. Es bestehen weder ein Lift noch behindertengerechte WC- und Duschanlagen.

Aufgrund der oben dargestellten umfangreichen Mängel, welche sich vor allem auf die Sicherheit, die Energieeffizienz und die Nutzung auswirken, wurde seit 2006 angestrebt, die Turn- und Schwimmhallen zu erneuern. Damit die bestehenden Mängel wirtschaftlich und sinnvoll behoben werden können, ist zwingend ein Neubau zu erstellen.

3. Projektziele

Folgende Ziele sollen mit dem Neubau der Turnhallen erreicht werden:

- Sicherstellung des ordentlichen Turnbetriebs für die Primarschule und die verschiedenen Vereine
- Einhalten der aktuellen Richtlinien gemäss BASPO für beide Turnhallen und deren nötigen Nebenräume
- Einhaltung sämtlicher Brandschutzvorschriften im Bereich des Neubaus inkl. zusätzlicher Fluchtweg für die bestehende Aula
- Einhaltung sämtlicher denkmalschützerischer Aspekte in Bezug auf das Weiterbauen am Bestand, städtebauliche Überlegungen und Eingriff in die Umgebung
- Sicherstellung der behindertengerechten Zugänglichkeit und Erschliessung des Turnhallentrakts
- Erreichen einer hohen Wirtschaftlichkeit bezüglich Erstellungs- und Betriebskosten, hohe Funktionalität und verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen über den ganzen Lebenszyklus

4. Projektanforderungen und Rahmenbedingungen

Das Projekt wurde unter der Prämisse des nachhaltigen Bauens erarbeitet, verstanden als Gleichgewicht von funktionalen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien.

Folgende Rahmenbedingungen bildeten bereits im Wettbewerbsprogramm vom Juli 2012 das Anforderungsprofil für den Neubau der Turnhallen Schulhaus Hermesbühl:

Architektur

Das Schulhaus Hermesbühl befindet sich am Rand eines westlich der historischen Altstadt liegenden Wohnquartiers. Die Blockrandbebauung des Schulhauses wird im Westen und Norden von der ruhigen Schulhausstrasse und der Lorenzstrasse eingefasst. Im Südwesten führt die zum Teil zweispurig befahrene Bielstrasse am Schulgebäude vorbei. Das Quartier ist von dreigeschossigen, herrschaftlichen Wohnhäusern geprägt, die aus der Jahrhundertwende stammen.

Die städtebauliche Situation ist speziell zu beachten. Die Volumetrie des Neubaus und seine architektonische Gestaltung und Materialisierung sollen zum historischen Schulgebäude einen respektvollen Bezug herstellen. Dabei soll der Innenhof in seiner Grosszügigkeit und Qualität erhalten bleiben.

Funktionalität

Die Anordnung der verschiedenen Räume soll auf die vorgesehene Nutzung und den Betrieb abgestimmt sein und die heute aktuellen Richtlinien gemäss BASPO erfüllen. Betriebliche Abläufe müssen effizient organisiert sein.

Die zwei Turnhallen sollen sich durch eine hohe Benutzerfreundlichkeit auszeichnen. Funktionalität und Zweckmässigkeit sollen bei der Gestaltung im Vordergrund stehen.

Wirtschaftlichkeit

Es wird eine hohe Wirtschaftlichkeit über den gesamten Lebenszyklus erwartet. Dieser beinhaltet die Summe aller Kosten, von der Planung über die Ausführung, Nutzung, Erhaltung bis zum erneuten Rückbau.

Die Betriebs- und Unterhaltskosten beinhalten im Wesentlichen die Energiekosten, die Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten. Daher wird bei den Gebäudeeigenschaften grosser Wert auf eine wartungsfreundliche und widerstandsfähige Materialisierung und optimale Energieeffizienz gelegt.

Bei der Wahl der Systeme (Haustechnik, Medienerschliessung) ist auf eine einfache Nachrüstbarkeit zu achten, um sich verändernden Bedingungen anpassen zu können.

Ökologie

Der Neubau der Turnhallen soll den Minergie-P-ECO-Standard erfüllen. Die Aspekte des nachhaltigen Bauens sind zu beachten. Der Ressourcenverbrauch für Bau und Betrieb der Gebäude soll minimiert werden. Die Materialwahl soll ökologische Aspekte und die Raumluftqualität berücksichtigen. Die Handlungsleitsätze gemäss kommunalem Masterplan Energie sind einzuhalten.

Die Lebensdauer der Bausubstanz, insbesondere die der Konstruktionen, ist zu berücksichtigen. Eine solide Bauweise und die Wahl von langlebigen Materialien garantieren die Gebrauchstauglichkeit der Gebäude auf lange Sicht. Der Systemtrennung ist in der Planung und der Realisierung grösste Beachtung zu schenken.

Baurechtliche Vorgaben

Das Schulhaus Hermesbühl befindet sich auf dem Grundstück GB Solothurn Nr. 1484 und Nr. 1740. Diese Parzellen liegen in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ÖBA). In der Zone ÖBA sind quartiermassstäbliche öffentliche und öffentlichen Zwecken dienende Bauten und Anlagen erlaubt. Für Bauten mit mehr als 2 Geschossen oder ab 7.50 m Gebäudehöhe gilt die Gestaltungsplanpflicht.

Der entsprechende Gestaltungsplan wurde parallel zur Ausarbeitung des Bauprojekts erarbeitet und wird in den nächsten Tagen öffentlich aufgelegt.

5. Projektumfang

Das ausgearbeitete Bauprojekt, Stand 14.03.2014, sieht für die einzelnen Bereiche folgende Massnahmen vor:

Projekt-Realisierungspereimeter

Mit dem Neubau der Turnhallen werden lediglich der Aussenbereich im direkten Anschluss an den Neubau sowie die Veloabstellplätze, der Geräte- und Containerraum realisiert. Der bestehende Sportplatz entlang der Schulhausstrasse dient während der Bauzeit als Installationsplatz und wird anschliessend saniert. Die entsprechenden Sanierungskosten sind im Kostenvoranschlag enthalten.

Städtebauliches Konzept

Der Neubau baut die bestehende Schulanlage weiter und formuliert innerhalb des denkmalgeschützten Blockrandfragments einen Abschluss. Das Thema des Weiterbauens äussert sich auch in der Wahl der Materialien sowie der Organisation der Innenräume. Der neue Baukörper belässt die bestehenden Aussenräume für den Pausenhof und die Sportplätze als separate Bereiche. Die Sportfläche orientiert sich wie bisher abseits der Schulzimmer, damit der Schulunterricht nicht gestört wird. Der Pausenplatz behält mit dem bestehenden Plata-

nendach seine Mitte. Die Ausrichtung der Halle nimmt Bezug zum Pausenhof. Die gedeckte Pausenhalle und das neue Foyer bilden ein stimmiges Nebeneinander. Die zwei Hallen werden „nach unten“ gestapelt. Die neue Gebäudehöhe beträgt rund 10m und bleibt damit deutlich unter der heute bestehenden Gebäudehöhe von rund 13m und der bestehenden Firsthöhe von rund 16m.

Abbrucharbeiten

Das Projekt beinhaltet den Abbruch der gesamten Turn- und Schwimmhallen inkl. allen technischen Installation und Zuleitungen. Die an die Schwimmhalle angrenzenden gedeckten Veloständer werden abgebrochen und im Projekt neu entlang des Sportplatzes erstellt.

Sämtliche Asbest- und PCB-haltigen Bauteile im Bereich des Abbruchvolumens werden fachgerecht rückgebaut und entsorgt. Entsprechende Voruntersuchungen und Abklärungen sind erfolgt und im Kostenvoranschlag berücksichtigt.

Turnhallen

Beide Turnhallen werden identisch ausgestattet und sind in der Grundrisskonzeption mit den Nebenräumen gleich aufgebaut. Dies ermöglicht eine gleichwertige Nutzung beider Turnhallen. Auf der gleichen Geschossebene wie der Eingang zur Turnhalle sind jeweils seitlich die Geräteräume und WC-Anlagen angeordnet. Die Abmessungen der Turnhallen mit einer Länge von 28m, einer Breite von 16m und einer lichten Raumhöhe von 7m entsprechen exakt den Vorgaben gemäss BASPO.

Die Verglasungen der Turnhallen sind gegen Süden gerichtet. Die Erdgeschosshalle (Halle 1) weist eine geschosshohe Verglasung und die Untergeschosshalle (Halle 2) eine Oblichtverglasung auf.

Die Hallenböden werden mit einem kombielastischen Polyurethan-Sportbelag ausgeführt, welcher eine optimale Benützung auf Primarschulstufe und im Erwachsenenvereinsport garantiert. Sämtliche festinstallierten und mobilen Sportgeräte wurden in Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft und einem externen Sportfachplaner definiert und sind im Kostenvoranschlag enthalten.

Beide Turnhallen sind mit LED-Leuchten ausgestattet und erfüllen mit einer Lichtstärke von 500 Lux die Anforderungen für regionale und nationale Wettkämpfe. Akustikelemente an den Wänden und Decken stellen sicher, dass die Nachhallzeiten gemäss BASPO-Richtlinien eingehalten werden. Damit die Sicherheit im Sportbetrieb gewährleistet ist, wird das Prinzip der glatten Wand strikt eingehalten.

Garderoben / Nebenräume

Die Garderoben und Nebenräume sind hauptsächlich längsseitig der Turnhallen Richtung Schulhausstrasse angeordnet. Beide Turnhallen verfügen jeweils über folgende Nebenräume:

- 1 Geräteraum 84 m²
- 2 Garderoben mit angrenzender Duschen (8 Stk.) und Abtrocknungszone
- Raum für Lehrperson mit Garderobe und Dusche
- Technikraum

Jeweils auf dem gleichen Niveau wie der Zugang zu den Turnhallen sind folgende WC-Anlagen vorgesehen:

Erdgeschoss

- WC-Anlage Knaben (1 WC / 3 Pissoir)
- WC-Anlage Mädchen (3 WC)
- 1 WC für Behinderte

3. Untergeschoss

- WC-Anlage Knaben (1 WC / 2 Pissoir)
- WC-Anlage Mädchen (2 WC)
- 1 DU / WC für Behinderte

Weiter sind ein Hauswirts- und Lagerraum, ein Putzraum und ein Raum mit Vereinsschränken vorgesehen.

Foyer

Das neue Foyer im Erdgeschoss bildet volumetrisch und funktional das Verbindungsglied zwischen dem Altbau und den neuen Turnhallen. In der Südfassade nimmt das Foyer das Element des Rundbogens analog der bestehenden Pausenhalle auf und bildet durch die grossflächige Verglasung einen schönen Aussenbezug zum Pausenplatz.

Das Foyer ist ausserhalb der Schulzeiten für die Vereine direkt von der Schulhausstrasse her zugänglich. Die Schüler/innen erreichen während dem Schulbetrieb das Foyer über die bestehende Pausenhalle und gelangen von da in das neue Treppenhaus, welches sämtliche Räume der Turnhallen erschliesst. Die Turnhalle im Erdgeschoss kann bei grösseren Anlässen direkt vom Foyer erschlossen werden.

Haustechnik

Die Energieerzeugung für die Turnhalle erfolgt über die bestehende Heizungszentrale der Schulanlage. Das Schulhaus Hermesbühl wird 2015 in einem separaten Projekt an die Fernwärme angeschlossen.

Die Wärmeverteilung in den Turnhallen erfolgt über eine Luftheizung. Für die Wärmeverteilung in den Infrastrukturräumen ist eine Fussbodenheizung vorgesehen. Die Regulierung erfolgt über Raumthermostaten (Einzelraumregulierung).

Je eine Lüftungsanlage pro Turnhalle versorgen die Halle, Duschen, Garderoben und alle Nebenräume mit der hygienisch erforderlichen Luftmenge. Die Anlagen sind in den Technikzentralen im 1. Untergeschoss und im 2. Obergeschoss des Turntraktes angeordnet. Es ist keine Kühlung der Hallen über die Lüftungsanlagen vorgesehen. Die Nachtauskühlung erfolgt über automatisierte Abluft- und Nachströmungsöffnungen. Damit im Sommer keine Überhitzung der Erdgeschosshalle entsteht und die Blendwirkung eliminiert werden kann, sind entsprechende Stoffstoren mit Zip-Funktion vorgesehen. Das Stoffgewebe ermöglicht im geschlossenen Zustand den Ausblick und somit die Verbindung zum Pausenhof. Durch das Zip-System und die seitliche Führung sind die Storen in jeder Position absolut windfest.

Hindernisfreies Bauen

Das Projekt wurde von PROCAP vorgeprüft. Sämtliche Räume und Bereiche sind für Behinderte selbstständig zugänglich. Der Zugang zum Foyer erfolgt über eine Rampe. Sämtliche Geschosse des Neubaus sind mit dem geplanten Lift erschlossen. Es ist ein separates Behinderten-WC im Erdgeschoss und eine DU / WC für Behinderte im 3. Untergeschoss vorgesehen.

Brandschutz

Das Projekt wurde von der SGV vorgeprüft. Es werden zwei unabhängige Fluchttreppenhäuser realisiert, wodurch beide Turnhallen über je zwei Fluchtwege verfügen. Die Turnhalle im Erdgeschoss kann für Eltern- und Schüler/innen-Anlässe genutzt werden. Die vorgesehenen Fluchtwege ermöglichen eine Belegung bis zu 300 Personen. Der Neubau wird mit Handfeuerlöschern ausgestattet.

Neu wird für die bestehende Aula, ein zweiter Fluchtweg geschaffen, der über den Flachdachbereich des Foyers führt.

Energie

Die Energieerzeugung erfolgt über die Fernwärme. Das Projekt wird gemäss den Anforderungen Minergie-P-Eco geplant und ausgeführt. Die Planung und Ausschreibung wird hinsichtlich des Minergie-P-Eco-Standards durch einen spezialisierten Bauphysiker begleitet. Auf die eigentliche Zertifizierung wird aus Aufwands- und Kostengründen verzichtet.

Die Handlungsleitsätze gemäss kommunalem Masterplan Energie von 2009 werden mit dem vorliegend Projekt eingehalten.

Denkmalschutz

Das gesamte Bauvorhaben wird in Zusammenarbeit und mit Beratung der kantonalen Denkmalpflege durchgeführt.

6. Projektbegrenzung

Projekt-Realisierungssperimeter

Es sind keine Sanierungen oder Erneuerungen im Bereich des bestehenden Gebäudes des Schulhauses im Projekt enthalten.

Der Pausenhofbereich inkl. offener Pausenhalle, das Wäldchen und der Aussenbereich für die Tagesschule sind nicht Bestandteil des Projekts.

Turnhallen

Die Halle 1 ist für Eltern- und Schüler/innen-Anlässe vorgesehen und kann mit den zwei geplanten Fluchtwegen mit bis zu 300 Personen belegt werden. Im Projekt sind jedoch keine zusätzlichen Massnahmen im Bereich Licht, Bühnentechnik, Ausstattung und Ausrüstung vorgesehen. Die Halle 1 wird analog der Halle 2 als reine Sporthalle ohne weitere Mehrzweckfunktion ausgeführt.

Energie

Die Flachdachfläche des Neubaus kann für die Solarenergiegewinnung genutzt werden. Im Projekt ist dies jedoch nicht vorgesehen und in den Kosten nicht enthalten. Die Umsetzung einer Solaranlage mit einem externen Partner ist aber denkbar. Zurzeit sind Abklärungen mit interessierten Solarenergieanbietern im Gange.

7. Kosten und Finanzkennzahlen

7.1 Investitionskosten

Die Kostenermittlung erfolgte aufgrund des ausgearbeiteten Bauprojektes mit einer Kostengenauigkeit von +/-10 Prozent. Der Kostenvoranschlag für das Bauvorhaben wurde auf Basis der einzelnen BKP-Positionen erstellt. Für alle Bauelemente wurde ein detailliertes Vorausmass ermittelt und mit entsprechenden Einheitspreisen (Richtofferten oder Erfahrungswerten aus bereits ausgeführten Projekten) multipliziert.

Die Investitionskosten basieren auf dem schweizerischen Baupreisindex (Region Espace Mittelland, Neubau Lagerhallen, Oktober 2013 = 102.1 Punkte). Der Kredit erhöht sich um die teuerungsbedingten Kosten. Da das Projekt erst Mitte 2015 zur Ausführung kommt, könnte es von Nutzer/innen-Seite oder aufgrund von allfällig Unvorhergesehenem zu Änderungen im Projekt kommen. Deshalb enthält der beantragte Kredit eine zusätzliche Reserve-Position von Fr. 60'000.-- (gekürzt von der GRK von Fr. 250'000.-- auf Fr. 60'000.--). Aus dieser Reserve dürfen nur auf Antrag des Stadtbauamtes vom zuständigen Lenkungsausschuss (Vertretung der Politik, Schule, Finanzverwalter) bewilligte Leistungen freigegeben und ausgelöst werden.

Gemäss dem detaillierten Kostenvoranschlag ist mit folgenden Anlagekosten zu rechnen:

Turnhallen Hermesbühl			
BKP	Bezeichnung		Betrag
1	Vorbereitungsarbeiten / Abbruch	CHF	1'174'000
2	Gebäude	CHF	7'921'000
3	Betriebseinrichtung	CHF	137'000
4	Umgebung	CHF	308'000
5	Baunebenkosten	CHF	801'000
6	Unvorhergesehenes (10% BKP 1,2+4)	CHF	940'000
9	Ausstattung	CHF	169'000
Gesamtkosten BKP 1-9 (inkl. MWST)		CHF	11'450'000
Reserve *		CHF	60'000
Verfahrenskosten bis Start Projektwettbewerb 2 **		CHF	616'000
Investitionssumme		CHF	12'126'000

* Aus dieser Reserve dürfen nur auf Antrag des Stadtbauamtes vom zuständigen Lenkungsausschuss (Vertretung der Politik, Schule, Finanzverwalter) bewilligte Leistungen freigegeben und ausgelöst werden.

** In dieser Position sind die Kosten für die Ausarbeitung und Durchführung des ersten Projektwettbewerbs, die Erarbeitung des ersten Vorprojekts mit Doppeltturnhalle und Schwimmhalle sowie die Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie mit Variantenentscheid enthalten.

Die Kosten für die Ausarbeitung und Durchführung des zweiten Projektwettbewerbs sind in der Kostenaufstellung unter der BKP-Position 5 enthalten.

In den Kosten nicht enthalten sind:

- Sanierungen oder Erneuerungen im Bereich des bestehenden Gebäudes des Schulhauses
- Sanierungen oder Erneuerungen im Bereich Pausenhof inkl. offener Pausenhalle, dem Wäldchen und dem Aussenbereich für die Tagesschule
- Massnahmen im Bereich Licht, Bühnentechnik, Ausstattung und Ausrüstung für die Nutzung als Mehrzweckhalle
- Die Erstellung einer Solaranlage

7.2 Kreditbewilligung

Investitionssumme	CHF	12'126'000
davon kommen in Abzug:		
bereits bewilligter Kredit 12.12.2006	CHF	300'000
bereits bewilligter Kredit 11.12.2007	CHF	500'000
bereits bewilligter Kredit 09.12.2008	CHF	750'000
bereits bewilligter Kredit 17.12.2013	CHF	600'000
zu beantragender Ergänzungskredit (Brutto)	CHF	9'976'000

Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass 9 Mio. Franken bereits vorfinanziert sind.

7.3 Aufgelaufene Ausgaben per Ende März 2014

Von der gesamten Investitionssumme in der Höhe von 12,316 Mio. Franken sind Ende März bereits Kosten in der Höhe von 1,5 Mio. Franken angefallen.

bereits bewilligter Kredit 12.12.2006	CHF	300'000
bereits bewilligter Kredit 11.12.2007	CHF	500'000
bereits bewilligter Kredit 09.12.2008	CHF	750'000
bereits bewilligter Kredit 17.12.2013	CHF	600'000
zu Verfügung stehender Kredit	CHF	2'150'000

davon kommen in Abzug:

Ausarbeitung und Durchführung Wettbewerb 1	CHF	243'774.40
Ausarbeitung Vorprojekt 1 (inkl. Schwimmhalle)	CHF	164'720.95
Ausarbeitung Machbarkeitsstudie	CHF	207'131.70
Ausarbeitung und Durchführung Wettbewerb 2	CHF	365'561.80
Ausarbeitung Vorprojekt und Bauprojekt 2 inkl. Sondierungen	CHF	515'256.50
Total benötigter Finanzbedarf per Ende März 2014	CHF	1'496'445.35

7.4 Finanzplan

Im Finanzplan 2014 – 2017 wurden auf Basis einer Grobkostenschätzung 11 Mio. Franken für den Neubau der Turnhallen vorgesehen.

8. Turnbetrieb während der Bauzeit

Während der Bauzeit von rund 17 Monaten, stehen die zwei Turnhallen weder dem Schul- noch dem Vereinssport zur Verfügung. Der Schulsportbetrieb wird während dieser Zeit teilweise in der Turnhalle an der Baselstrasse (Stadtpolizei) und im Freien erfolgen. Gemäss Rücksprache mit der Schuldirektion fallen dafür keine Kosten an. Deshalb ist im Kostenvoranschlag kein Betrag für Provisorien enthalten. Beim Vereinssport wird versucht, sofern dies bei der allgemeinen Auslastung der Turnhallen möglich ist, den Vereinen andere Turnhallen zur Verfügung zu stellen. Nach erfolgter Kreditbewilligung werden die Vereine umgehend über den Turnhallenausfall informiert.

Der Wegfall des Lehrschwimmbeckens kann während der Betriebszeiten über das Hallenbad PH kompensiert werden.

9. Termine

- Entscheid Gemeinderat 20. Mai 2014
- Entscheid Gemeindeversammlung 24. Juni 2014
- Baueingabe Juni 2014
- Beginn Submissionen Juni 2014
- Urnenabstimmung September 2014
- Baubeginn / Abbruch April 2015
- Inbetriebnahme August 2016

10. Chancen / Risiken

Wird der Kredit für den Neubau der Turnhallen beschlossen, kann ein ordentlicher Schulsportbetrieb sichergestellt und den Vereinen eine den heutigen Bedürfnissen angepasste Sportinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Durch den Neubau wird die energetische Situation für diesen Bereich massiv verbessert und dadurch Energie- und Unterhaltskosten eingespart. Kann die Erneuerung des Gebäudekomplexes nicht zeitnah erfolgen, geht der Zerfall der Bausubstanz weiter und die erwähnten Sicherheitsrisiken werden immer grösser.

Antrag und Beratung

Anhand einer Präsentation erläutert **Andrea Lenggenhager** eingehend den vorliegenden Antrag. Bezüglich Projektorganisation hält sie ergänzend fest, dass nebst dem Lenkungsausschuss parallel auch ein Controllinggremium eingesetzt werden soll. Dem Gremium wird neu auch ein Mitglied der Baukommission angehören. Philippe JeanRichard wird diese Aufgabe übernehmen. Dadurch ist nun eine Kombination aus einem Lenkungs- und Controllingausschuss entstanden. Nebst Philippe JeanRichard ist auch Matthias Anderegg in diesem Gremium beteiligt, da er das Projekt bereits im Wettbewerb begleitet hat. Die anderen Mitglieder können dem Projektorganigramm entnommen werden. Bezüglich Kosten informiert sie, dass die Reserven anlässlich der GRK-Sitzung von Fr. 250'000.-- auf Fr. 60'000.-- gekürzt wurden. Diese betragen dadurch 10 Prozent von BKP 3, 4 und 9.

Susanne Asperger Schläfli hält im Namen der FDP-Fraktion fest, dass beim vorliegenden Projekt gesagt werden kann: „Was lange währt wird endlich gut“. Vor sieben Jahren wurde der erste öffentliche Projektwettbewerb durchgeführt, dies seinerzeit noch mit einem Lehrschwimmbecken. Aufgrund der aufgeführten wirtschaftlichen und organisatorischen Überlegungen hat der Gemeinderat vor 3 Jahren auf das Lehrschwimmbecken verzichtet. Seit diesem Beschluss ist die Projektierung zügig vorangegangen. Vor rund einem Jahr ist das Siegerprojekt des zweiten Projektwettbewerbes festgestanden und heute kann über den Kostenvoranschlag für das ausgearbeitete Bauprojekt beschlossen werden. Die über 12 Mio. Franken für das Projekt sind für die Stadt zwar ein happiger Betrag. Wenn aber bedenkt wird, dass vor ein paar Jahren bei der Rythalle WC-Anlagen für rund 1 Mio. Franken gebaut wurden, dann relativieren sich diese 12 Mio. Franken doch wieder. Richtigerweise wurde bereits anlässlich der GRK-Sitzung auf die Reserve von Fr. 250'000.-- hingewiesen. Diese wären notabene für Zusatzwünsche, wie z.B. eine neue Bestuhlung aufgenommen worden. Mit dieser Summe könnten wohl mehr Stühle gekauft werden, als die Stadt Schüler/innen hat. Wenn es – wie erwähnt – eine übliche Praxis des Stadtbauamtes ist, dass bei solchen Projekten Fr. 250'000.-- für Zusatzwünsche budgetiert werden, sieht sie zukünftig ein grosses Sparpotential. Die Wünsche der Nutzer/innen sollen in der Vorphase von den Grundlagen der Projektierung geäussert werden und somit auch zu diskutieren und zu beschliessen, was wirklich aufgenommen werden soll und was nicht. Es ist deshalb richtig, dass die GRK diesen Betrag massiv gekürzt hat. Trotzdem dürfen die Fr. 60'000.-- nicht als Aufforderung für solche Spezialwünsche verstanden werden, sondern sind – wenn überhaupt – sehr zurückhaltend zu verwenden. Mit Freude nimmt sie zur Kenntnis, dass das Schulhaus Hermesbühl ans Fernwärmenetz angeschlossen werden soll, zumal ja auch ein Ausbau nach Minergie-P-ECO-Standard vorgesehen ist. Sie erachtet es zudem als sinnvoll, dass auf die Zertifizierung verzichtet wird, da diese für die Umwelt keinen Zusatznutzen bringt, für die Stadt Solothurn jedoch zusätzliche Kosten und zusätzlichen Personalaufwand mit sich ziehen würde. **Die FDP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen.**

Philippe JeanRichard bedankt sich im Namen der SP-Fraktion für die übersichtlich dargestellten Unterlagen und den transparenten Kostenvoranschlag. Sie hat das Bauprojekt studiert und freut sich, dass etwas sehr Stimmiges entstehen wird. Sie konnte praktisch keine äusserliche Neuerungen oder Unterschiede zum Wettbewerbsprojekt feststellen, was den Prozess vom vorbereiteten Wettbewerb von der Juryarbeit in ein positives Licht rückt. Der neue Fluchtweg von der bestehenden Aula über das Flachdach des Foyers wurde architektonisch sehr gut gelöst. Die Kosten in der Höhe von 12 Mio. Franken erschienen ihr anfangs als doch sehr hoch. Wie bereits festgehalten, stellen die Abbrucharbeiten inkl. Asbestrückbau einen wesentlichen Aufwandsposten dar. Die Sanierungskosten vom Sportplatz als Folge der Baustelleninstallation wurden einkalkuliert. Sie erkundigt sich, ob die Kosten für den Gestaltungsplan im Budget eingerechnet wurden. Bezüglich Kosten möchte sie nicht unerwähnt lassen, dass die Kosten für den ersten Projektwettbewerb von Fr. 616'000.-- inbegriffen sind. Die GRK der vergangenen Legislaturperiode muss sich deshalb im Klaren sein, dass die Kosten regelrecht in den Sand gesetzt wurden. Die SP-Fraktion ist sich jedoch bewusst, dass sie dafür auch verantwortlich war. Nichts desto trotz möchte sie an dieser Stelle festhalten, dass sie sich weiterhin dafür einsetzen wird, dass den Schüler/innen ein Zugang zum Schwimmunterricht ermöglicht wird. Die Diskussion bezüglich der Höhe der Zusatzreserve scheint in der GRK intensiv geführt worden zu sein. Der Referent konnte alle Argumentationen nachvollziehen. Die SP-Fraktion macht beliebt, dem GRK-Antrag zu folgen. Sie ist mit dem Kostenvoranschlag sehr einverstanden, dies auch im Wissen darum, dass das Stadtbauamt seit einigen Jahren auf der sicheren Seite kalkuliert. Sie erwartet somit eigentlich auch keine Nachtragskredite. Der Referent weist abschliessend nochmals darauf hin, dass er zusammen mit Matthias Anderegg beim Projektcontrolling beteiligt ist und sie beide der SP angehören. **Die SP-Fraktion wird ebenfalls auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen.**

Auch aus Sicht der Grünen und Jungen Grünen – so **Brigit Wyss** – handelt es sich um ein sehr ansprechendes Projekt, das auf Papier sehr gut aussieht. Sie sind sich sicher, dass es in Sachen Sicherheit und Funktionalität den heutigen Anforderungen top entspricht. Auch die Energiethematik sieht gut aus. Allerdings verstehen sie nicht ganz, weshalb auf die Zertifizierung verzichtet wird. Der Aufwand ist zweifellos riesig. Die Stadt hat jedoch eine Vorbildfunktion und zudem können bei einer Zertifizierung Beiträge geltend gemacht werden. Dass die Zertifizierung nicht einfach ist, konnte die Referentin bei einem komplexen Sanierungsprojekt selber miterleben. Trotzdem sollte diese angestrebt werden. Sie stellen jedoch keinen konkreten Antrag, da aus den Unterlagen entnommen werden konnte, dass die Zertifizierungsfrage allenfalls nochmals überdenkt wird. Sie begrüssen die Abstützung auf den Masterplan Energie und die PV-Anlage. Sie sind zudem froh, dass das Wäldchen erhalten bleibt. Bezüglich Reserven von ursprünglich Fr. 250'000.-- haben sie sich gefragt, ob die Turnhalle bisher zum Teil als Mehrzweckhalle benutzt wurde. Im Kredit sind sämtliche festinstallierten und mobilen Sportgeräte enthalten. Sie haben sich gefragt, für was die Fr. 250'000.-- hätten gesprochen werden sollen (etappenweise Mehrzweckhalle?). Mit der Kürzung auf Fr. 60'000.-- sind sie deshalb einverstanden. Last but not least möchten sie darauf hinweisen, dass bei der Vorlage die geschlechtergerechte Sprache angewendet werden soll. **Die Grünen und Jungen Grünen werden auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen.**

Susan von Sury-Thomas hält im Namen der CVP/GLP-Fraktion fest, dass nach acht Jahren Planung und zwei Projektwettbewerben mit Tripiti nun ein überzeugendes Projekt vorliegt. Es erfüllt alle Voraussetzungen, die der Gemeinderat gestellt hat, wie z.B. die Erhaltung des Pausenplatzes, die Erfüllung der BASPO-Anforderungen, die Behindertenzugänglichkeit und die Erfüllung des Platzanspruches der Schule und der Sportvereine. Das neue Gebäude gliedert sich sehr gut in die historische Struktur des Quartiers ein und ist sogar weniger hoch als das Hauptgebäude. Mit der Glas- und Betonkonstruktion und der Kombination von Alt und Neu werden die ästhetischen Ansprüche gewährleistet. Das Projekt ist zwar sehr teuer, aber es ist eine Investition für die jetzige und zukünftige Generation. Zudem bestehen mit der multifunktionalen Ausgestaltung der Turnhallen mehr Möglichkeiten, um die Halle für Vereine und für Anlässe zu vermieten. Im Weiteren erfüllt das Bauprojekt die Anforderungen an die

Sicherheit der Schüler/innen, der Lehrpersonen, der Benutzer/innen sowie der Besucher/innen der verschiedenen Anlässe. Die regionalen und nationalen Wettkämpfe, die nun durch die Einhaltung der BASPO-Normen möglich werden, bringen Gäste aus der ganzen Schweiz in die Stadt und dadurch wird Solothurn sicher über die Kantonsgrenze hinaus noch mehr wahrgenommen. Sie ist froh, dass die Schuldirektion eine Möglichkeit gefunden hat, um den Turnunterricht während der Bauzeit entweder Draussen oder in der Turnhalle bei der Stadtpolizei durchzuführen. Vielleicht wird dadurch auch das Schwimmen in der PH vermehrt praktiziert. Durch den Anschluss des Schulhauses Hermesbühl an die Fernwärme und den Minergie-P-ECO-Standard besteht ein weiteres Plus für die Energiestadt Solothurn. Dass das Flachdach für potentielle Solarstromanbieter zur Verfügung gestellt werden soll, ist ebenfalls eine gute Lösung. Aufgrund der jetzigen Finanzlage ist sie natürlich auch sehr erleichtert, dass grosse Vorfinanzierungen bestehen. Bezüglich Reserven unterstützt sie den Antrag der GRK, d.h. die Kürzung von Fr. 250'000.-- auf Fr. 60'000.--. **Die CVP/GLP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen und sie hofft, dass die Bauausführung möglichst hindernisfrei verlaufen wird.**

Die SVP-Fraktion – so **René Käppeli** – erachtet das Projekt als sehr gut und wird dieses auch unterstützen. Sie kann zwar nicht ganz verstehen, weshalb für die Behinderten im Untergeschoss und nicht im Erdgeschoss eine Dusche vorgesehen ist. Im Weiteren bedankt sie sich bei der Mehrheit der GRK, dass sie den Spezialwünschen einen Riegel geschoben und die Reserven von Fr. 250'000.-- auf Fr. 60'000.-- reduziert hat. **Die SVP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und den Anträgen zustimmen.**

Gemäss **Andrea Lenggenhager** wurde der Gestaltungsplan in den Kosten bereits miteinberechnet. Bezüglich Zertifizierung (Minergie-P-ECO-Standard) informiert sie, dass eine Zertifizierung für Minergie-P notwendig ist. Durch diese Zertifizierung kann bereits ein guter Beitrag geltend gemacht werden. Durch den ECO-Bonus würde die Stadt einen zusätzlichen Beitrag von Fr. 5'000.-- erhalten. Der Aufwand für diesen Bonus ist enorm – dies sowohl finanziell als auch zeitlich. Das ganze Projekt müsste zusätzlich durch einen spezialisierten Bauphysiker intensiv begleitet werden, was über Fr. 16'000.-- kosten würde. Bei der Ausschreibung müssten bei sämtlichen Baumaterialien Zertifizierungsnachweise vorliegen, konkret müssten diese nochmals eingefordert und überprüft werden. Im Weiteren müsste der gesamte Baustellenbetrieb anders geleitet werden. Die Mehrkosten würden sich auf ca. Fr. 30'000.-- belaufen, dies um schlussendlich den ECO-Bonus von Fr. 5'000.-- zu erhalten. Die Stadt leistet einen Beitrag bezüglich Energie und Nachhaltigkeit was prioritär bewertet wurde. Gemäss **Brigit Wyss** hat die Fachhochschule Olten den ECO-Bonus. **Andrea Lenggenhager** bestätigt dies, der Kanton würde die Zertifizierung jedoch nicht mehr machen, dies aus den von ihr dargelegten Gründen (Verhältnis Aufwand und Ertrag). **Matthias Anderegg** bestätigt diesen Aspekt aus seiner beruflichen Erfahrung. Für **Brigit Wyss** stellt sich die Frage, weshalb es den ECO-Bonus gibt, wenn dieser nicht mehr geprüft wird. Gemäss **Andrea Lenggenhager** wurden das Baumaterial und das Bausystem nach ECO-Standard ausgewählt, die Zertifizierung fällt einfach weg. **Brigit Wyss** nimmt dies so zur Kenntnis, erachtet es jedoch als schade. Abschliessend hält **Andrea Lenggenhager** fest, dass sie die Kürzung der Reserven von Fr. 250'000.-- auf Fr. 60'000.-- nachvollziehen kann. Der Lenkungsausschuss wird das Projekt zusätzlich steuern und überwachen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in einem Bauprojekt auf der Nutzerseite bezüglich Betriebseinrichtungen noch Bedürfnisse aufkommen könnten. Sie kann jedoch mit dem Vorschlag der GRK gut leben. Zudem hofft sie, dass auch die Fr. 60'000.-- nicht benötigt werden müssen.

Stadtpräsident **Kurt Fluri** weist darauf hin, dass die Reserven nicht für die BKP 1, 2 + 4 vorgesehen sind. Beim Stadttheater wurden die Reserven für die Malereien benötigt, die im Nachhinein entdeckt wurden. Falls Anträge eingehen, die als berechtigt taxiert werden und über dem Betrag von Fr. 60'000.-- liegen, wird ein entsprechender Antrag an die GRK erfolgen. In der Vergangenheit wurde zur Genüge bewiesen, dass die Stadt durchaus in der Lage ist, Investitionen zu tätigen, bei denen die Kredite unterschritten wurden. Die Urnenabstimmung findet am 28. September 2014 statt. Falls das Geschäft an der GV ebenfalls unbestrit-

ten sein wird, wird die Publikation vor der Urnenabstimmung erfolgen. Das Risiko kann seines Erachtens zugunsten des Zeitgewinns in Kauf genommen werden.

Als Antrag an die Gemeindeversammlung wird einstimmig

beschlossen:

1. Dem Projekt mit Kostenvoranschlag für den Neubau Turnhallen Schulhaus Hermesbühl wird zugestimmt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Investitionskosten für den Neubau der Turnhallen auf Fr. 12'126'000.-- veranschlagt werden. Aus früheren Beschlüssen der Gemeindeversammlung bestehen bewilligte Kredite in der Höhe von Fr. 2'150'000.--. Für die Differenz wird ein Brutto-Ergänzungskredit von Fr. 9'976'000.-- zugunsten der Rubrik 218.024.503 bewilligt (Basis Schweizer Baupreisindex Region Espace Mittelland, Neubau Lagerhallen, Oktober 2013 = 102.1 Punkte). Dieser Kredit erhöht sich um die teuerungsberechtigten Kosten.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass von der Investitionssumme von Fr. 12'126'000.-- bereits Fr. 9'000'000.-- durch Vorfinanzierungen aus vergangenen Rechnungsabschlüssen finanziert sind.

Verteiler

Gemeindeversammlung
Leiterin Stadtbauamt
Finanzverwaltung
ad acta 093-7

20. Mai 2014

Geschäfts-Nr. 32

Überparteiliche Motion der Fraktionen der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Urs Unterlerchner und Michael Schwaller, vom 20. Mai 2014, betreffend «Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses „Einführung Tempo-30-Zonen Hubelmatt-Fegetz-Blumenstein“ vom 10. Dezember 2013»; (inklusive Begründung)

Die **Fraktionen der Stadt Solothurn, Erstunterzeichner Urs Unterlerchner und Michael Schwaller**, haben am 20. Mai 2014 folgende **überparteiliche Motion mit Begründung** eingereicht:

«Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses „Einführung Tempo-30-Zonen Hubelmatt-Fegetz-Blumenstein“ vom 10. Dezember 2013

Anträge:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10. Dezember 2013 betr. Schaffung von Tempo-30-Zonen in den Quartieren Hubelmatt-Fegetz-Blumenstein ist aufzuheben und dem Gemeinderat zur erneuten Beschlussfassung vorzulegen.

Dazu wird das Stadtpräsidium beauftragt, nach erfolgter Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Dezember 2013, dem Gemeinderat namentlich Varianten über eine busverträgliche Umsetzung der Tempo 30-Massnahmen ohne sog. Berlinerkekissen oder dergleichen vorzulegen. Ferner ist der Gemeinderat über die Gründe zu informieren, die zur Aufnahme von Berlinerkekissen in die Planung der Umsetzung der Tempo-30-Zonen geführt haben.

Begründung:

Anlässlich der Sitzung des Gemeinderates vom 10. Dezember 2013 wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass bei der Umsetzung der Tempo-30-Zone auf Berlinerkekissen zu verzichten ist. Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, hat die Stadtverwaltung aber im Hinblick auf die Umsetzung gleichwohl die Einführung von Berlinerkekissen geplant.

Nachdem sich die Ausgangslage seit der Beratung im Gemeinderat grundlegend geändert hat, ist in einer ersten Phase ein Rückkommen auf den Beschluss vom 10. Dezember 2013 und dessen Aufhebung zulässig und angebracht. Indem das Stadtpräsidium in einer zweiten Phase verschiedene Varianten zu einer busverträglichen Umsetzung von Tempo 30 ausarbeitet, wird dem Gemeinderat ermöglicht, aufgrund sämtlicher relevanten Informationen eine fundierte Diskussion zu führen.

Inwiefern letztlich Tempo 30 eingeführt werden soll oder nicht, wird erst anlässlich der Detailberatungen nach Vorliegen der Varianten zu entscheiden sein. Die vorliegende Motion ist deshalb nicht als Präjudiz für oder gegen Tempo 30 zu verstehen. In der vorliegenden Motion geht es einzig darum, den Beschluss vom 10. Dezember 2013 aufzuheben und das Geschäft dem Gemeinderat zur erneuten Beschlussfassung unter Kenntnis sämtlicher Fakten vorzulegen.

Urs Unterlerchner
Susanne Asperger Schläfli
Martin Tschumi
Peter Wyss

Michael Schwaller
Yves Derendinger
René Käppeli
Pirmin Bischof»

Marco Lupi
Beat Käch
Theres Wyss-Flury

Verteiler

Stadtpräsidium (mit Motion)
Stadtpräsident

Zur Stellungnahme:
Rechts- und Personaldienst

ad acta 012-5, 600-3

20. Mai 2014

8. Verschiedenes

- Nach Beendigung des Traktandums 7 schlägt Stadtpräsident **Kurt Fluri** vor, angesichts der fortgeschrittenen Zeit die restlichen Traktanden zu vertagen.

Der Ordnungsantrag wird einstimmig gutgeheissen. Somit werden folgende Geschäfte von der Traktandenliste gestrichen und auf die nächste Sitzung des Gemeinderates verschoben:

- 8. Legislaturziele 2013 – 2017; Verabschiedung
- 9. Motion der SP-Fraktion der Stadt Solothurn „Umsetzung von Massnahmen zur Förderung von Elektromobilität“; Weiterbehandlung
- 10. Interpellation der SP-Fraktion der Stadt Solothurn „Radioaktives Wasser nach einem AKW-Unfall“; Beantwortung

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

Der Stadtpräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin: